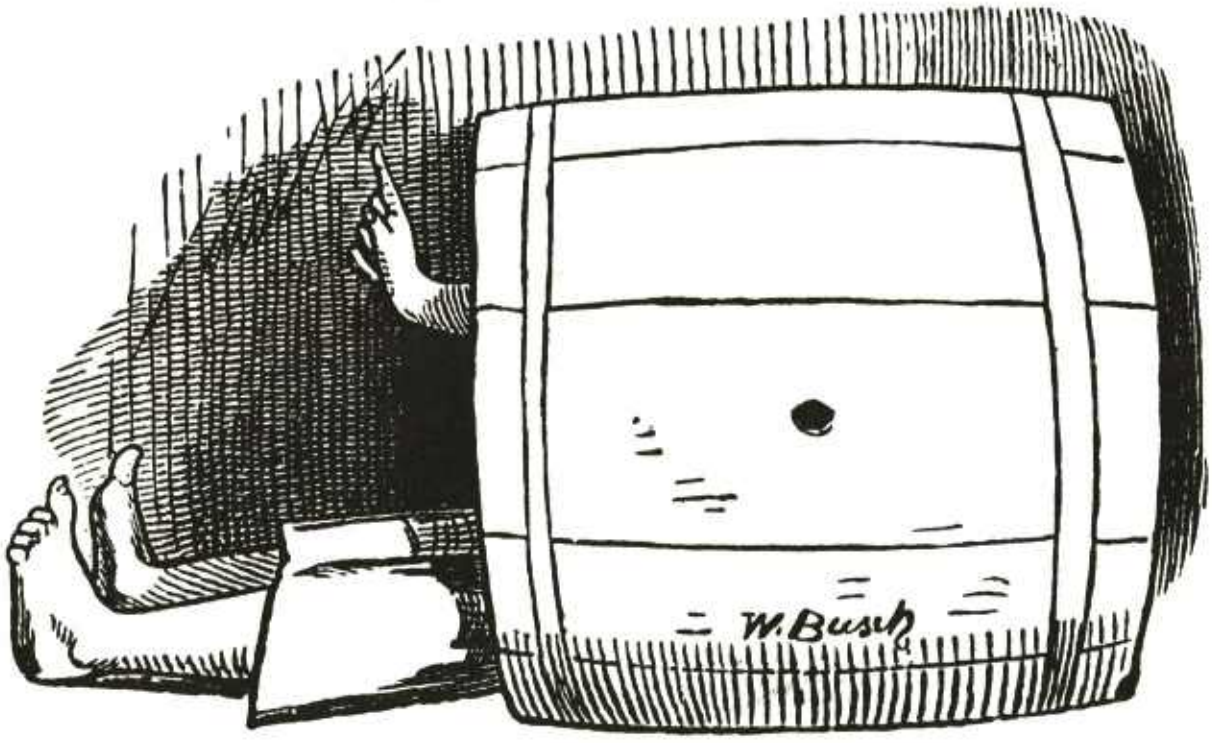
LUFT pumpe

5.Jhg Nr.7 • Juli/August 82 2,-DM

Mit Regionalteil Köln, Rhein-Main, Berlin, München

Zeitung zur Emanzipation Behinderter und Nichtbehinderter

KEIN SONDERTHEMA FÜR BEHINDERTE



ALTERNATIV WOHNEN

INHALT

SCHWERPUNKT:
Alternatives Wohnen-
Kein Sonderthema für
Behinderte 3-14

darin:
Wohnung die ich meine

Internat als Externat

Integration ist
machbar, Herr Nachbar

Verplant

Unerfreuliches bei der
Arbeiterwohlfahrt 15

Modell Integrativer
Kindergarten Frankf. 18

Aus dem Tagebuch
einer Praktikantin
im Altersheim 19

Erkenne dich selbst! 21

Behinderte, auf zu
Bürgerversammlungen 22

Hausverwaltung 23

Wunscheltern 25

Kölner Selbsthilfe 26

So was wir 'ne
Buchbesprechung 27

Zeitung/Besprechung 30

Der Stempn 31

Kleinanzeigen 32

Leserbriefe 34

á la Italien 36

Danke,
für eure guten Taten 40

Zu Kriegdienst
Verweigerung 40

Bunte Seite 43

EDITORIAL

44 Seiten LUFTPUMPE auf einmal, soviel gab's noch nie. 1. weil wir trotz der neuen Aufmachung und der dadurch gegebenen Platzersparnis das uns vorliegende Material sonst nicht unterkriegen und 2., weil dies eben die Sommerausgabe ist, die ja stets schon ein Doppelausgabe war.

Natürlich ist dadurch auch der Einzelheftpreis höher als sonst, nämlich 2,- DM. Nächsten Monat gibt's dann wieder 28 Seiten zu 1,50 DM.

Diesmal ist die Zeitung aller Voraussicht nach superpünktlich. Auch das hat seinen Grund. Die Post erhöht ab 1.7. die Portokosten, und das ist ja bei uns - solange wir noch nicht das Anerkennungsverfahren für Postvertriebstücke durch sind, - immer ein großer Posten.

Entsprechend schmerzlich, wäre der Betrag, den wir - einen Tag später als den 30. Juni - zahlen müßten.

Die Meisten von Euch werden nun in Urlaub fahren, die Meisten von uns auch, aber wir arbeiten in der Sommerpause auch mal das auf, was bis jetzt liegen geblieben ist.

Schöne Tage und schreibt mal!!!!

Zum Schluß sei noch gesagt, wie stets, wer den Schwerpunkt zusammengestellt hat: Jürgen Iversen aus der Frankfurter Redaktion. Wer ihm alles dabei geholfen hat, steht in den Artikeln.

Der nächste Schwerpunkt, also in der Septemberausgabe, der LUFTPUMPE beinhaltet Wissenswertes zu der Situation Gehörloser. Wer Lust hat, dazu was beizutragen: Nur zu! Bis Mitte August an unsere Kölner Anschrift (s.u.).

IMPRESSUM

Anschrift: LUFTPUMPE
Pohlmanstr.13
5000 Köln 60

Herausgeber und Verlag: Verein zur Förderung der Emanzipation und Integration Behinderter.

Preis pro Heft: DM 1,50

Preis pro ABO/Jahr DM 16,-

Gültig ist die Anzeigenpreisliste 4A

Die LUFTPUMPE erscheint 11 mal pro Jahr (Juli/August= 1 Heft)

Alle Rechte vorbehalten

Namentlich gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.

Gesamtauflage: 6.000

Regionalredaktion Köln
Pohlmanstr. 13, 5000 Köln 60

Katharina Döhring
C.F. Ingenmey (Kalle) 0221/ 437404
Wolfram Jakob 02203/ 12153
Klaus Kirberg 0221/7122780
Marlene Kirberg 0221/7122780
Rainer Laux 0221/ 409073
Lothar Sandfort 02246/ 3628
Phillipp Ulmer 0221/ 714871
Ursula Wasel 02246/ 3628

Regionalredaktion Rhein/Main:
Silvia Sernau, Spessartstr.8,
6000 Frankfurt/M. 60

Tini Eichborn 0611/ 441508
Hannes Heiler 06131/670648
Jürgen Iversen 0611/6661296
Maritta Leiß 0611/ 454707
Stefan Lux 0611/ 596653
Katja Mergelsdorf
Wolfram Porsch 0611/ 454707
Silvia Sernau 0611/ 497596

Regionalredaktion Berlin
Sybelstr. 52, 1000 Berlin 12

Ursula Baesler 030/3231483
Herbert Beckmann 030/4517065
Petra Beyerlein 030/6939894
Gerhard Gembus 030/7841178
Götz D. Hochfeld 030/4342117
Martin Marquard 030/7865108
Kalle Reinecke 030/7813806
Kalle Roeber 030/3364184
Ekkehard Schmidt 030/3232182
Bernhard Kocher 030/6939894

Regionalredaktion München
c/o VIF, Herzog-Wilhelm-Str.
16 in 8000 M ü n c h e n 2

Irene Bauer 089/ 484661
Claus Fussek 089/ 4484357
Erika Grube 089/ 989118
Maria Hämmerlein 089/ 475567
Jojo Menzel 089/ 34952
Werner Müller 089/ 1572181
Heidi Scholz 089/ 4486087
Werner Spring 089/ 303148
MichaelSchwatschek "/38188801

Alternativ Wohnen - kein Sonderthema für Behinderte

Wohnung die ich meine

Seit den sechziger Jahren entstanden verschiedene Konzepte und Projekte, in denen es darum ging, Wohnformen für behinderte Menschen zu finden, die den Grundbedürfnissen der Menschen nach freier Entfaltung, Selbstbestimmung und befriedigenden Kontakten zu Mitmenschen entgegenkommen. Es war längst deutlich geworden, daß die bis dahin fast einzige Alternative zur Wohnform Familie, die Heimunterbringung, nur ein Notbehelf darstellte. Ihre zwei wesentlichen Nachteile, die auch durch das gutwilligste und verständigste Personal kaum zu kompensieren sind:

Heime tendieren dazu, sich nach außen abzuschließen, eine eigene Welt zu bilden mit allem, was zum Heimleben dazugehört (Heimordnung, Anpassung an Erwartungen des Personals, Bevormundung, Aufgabe der Selbstverantwortlichkeit, eingeschränkte Erlebniswelt etc. pp). Zum anderen prägen notwendige wie überzogene Erfordernisse an Organisation, Ordnung, Rücksichtnahme, Reglementierung usw. die Bewohner auf Dauer derart, daß Selbständigkeit, Fantasie und die Fähigkeit zur Durchsetzung eigener Vorstellungen sich nur in Ausnahmefällen erhalten können.

Dies gilt noch mehr für Menschen, die durch eine Behinderung auf Pflege|-Betreuung angewiesen sind. Diese partielle, äußerliche Unselbständigkeit zieht nur zu oft eine solche im Denken und Verhalten nach sich: "Ich kann nicht ohne Pfleger leben. Also muß ich dort leben, wo Pfleger sind."

Behinderte lernen es schließlich besonders gut, sich an der Realisierbarkeit ihrer Wünsche zu orientieren.
Dazu kommt noch eine andere Barriere.
Als 1979 in München vier Männer, um die 20 Jahre alt, pflegeabhängige Behinderte, aus dem Pflegeheim der Pfennigparade aus- und in eine selbstgegründete Wohngemeinschaft einziehen, weigert sich das zuständige Landratsamt, die beantragte Kostenübernahme nach dem BSHG zu bewilligen. Erst vor dem Bayerischen Verwaltungsgericht bekommen sie, was ihnen zusteht.

Was vordergründig wie die Zuständigkeitsrangeleien zwischen Regierungs- und Oberamtsrat aussieht, ist ein weite-

→

res von unzähligen Beispielen für die absurden Probleme, auf die Leute mit genug Eigeninitiative und Risikobereitschaft schnell stoßen, wenn sie aus den verwalteten Bahnen der öffentlichen Fürsorgeinstitutionen ausbrechen, um eigene Vorstellungen davon zu verwirklichen, wie sie sich ihr Leben einrichten wollen.

Und das ist ein Grundbedürfnis: sein Leben selber in die Hand zu nehmen. Da spielt so etwas wie eine Behinderung erst eine untergeordnete Rolle. Es steht gleichgewichtig neben den Bedürfnissen nach eigenem Freiraum, nach Geborgenheit, Zuwendung, offenem Austausch mit Freunden und Bekannten, nach zwischengeschlechtlichen Beziehungen, nach kleinstmöglicher Abhängigkeit, Akzeptiertwerden, nach Selbstverwirklichung im weiteren Sinn.

Diese Bedürfnisse kollidieren jedoch damit, als Behinderter die Pflege|Betreuung organisieren zu müssen, von dieser Hilfe de facto abhängig zu sein in den einfachsten Dingen und darüber hinaus immer wieder mit dem stigmatisierenden Anderssein konfrontiert zu werden, sei es durch die eingeschränkte Beweglichkeit, die körperliche Deformation, die Sprachbehinderung, den Rollstuhl oder Entsprechendes.

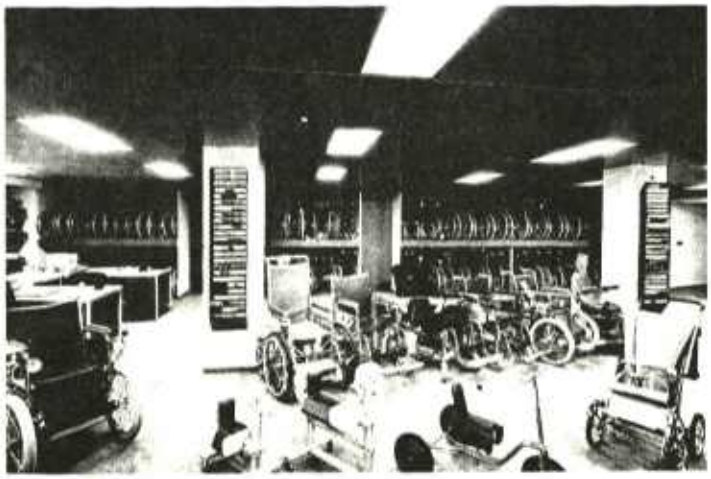
Diese von außen kommenden Behinderungen zusammen mit der eigentlichen Behinderung sind nur schwer mit den genannten Grundbedürfnissen in eine erträgliche Verbindung zu bringen. Wer sich an diesen Brocken heranmacht, muß sich auf Rück- und Nackenschläge gefaßt machen. Und er|sie wird sich auch selbst infrage stellen müssen: Brauche ich die Hilfen eigentlich immer, die ich bisher bekam? Wo gebe ich meine Verantwortung für meine Entscheidungen, mein tägliches Wohlbefinden an Andere ab? Wo behindere ich mich selbst dadurch, daß ich mir ein anderes Verhalten, eine andere Lebensweise gar nicht mehr denken kann? Mache ich ein besseres, erfüllteres Leben selbst von vornherein un-vorstellbar?

Wir haben in der LP immer wieder über Versuche berichtet, Undenkbares denkbar und vor allem realisierbar zu machen. Bezogen auf das Wohnen soll dies das Schwerpunktthema dieser Ausgabe sein. Es knüpft damit eng an das Thema des Mai-Heftes "Ambulante Dienste" an und vertieft und konkretisiert es durch weitere Beispiele. Wir wollen von verschiedenen Seiten ausführlicher zeigen, wo neue(?) Wege gefunden worden sind und welche Überlegungen und Konzepte aus den bisherigen Erfahrungen hervorgegangen und für andere verwertbar sind.

Denkanstöße für Zaghafte, die sich solche Veränderungen für sich wünschen aber die Verwirklichung nicht wagten.

Und für alle, die direkt oder indirekt mit diesen Problemen insofern zu tun haben, als sie den Kampf um mehr Selbständigkeit und Eigenverantwortlichkeit mit unterstützen können.

ji



Hier sehen Sie **einen Teil** unserer Fahrstuhl- und Reha-Abteilung im Untergeschoß unseres Hauses.

Stortz

IHR SANITÄTSHAUS

5000 Köln 1 · Fleischmengergasse 49-51
Telefon (0221) 235212

EIN INTERNAT ALS EXTERNAT

von Karl-Josef Faßbender und Wolfgang Oelsner

Die Verfasser stellen als Betroffene (schwerstbehinderte Bewohner und Mitarbeiter eines Internates) in einem Einzelbeispiel vor, wie ein Internat für Behinderte ein selbständiges Leben seiner Bewohner außerhalb von Einrichtungen fördern kann. In allgemeinen Überlegungen geben sie neue Kriterien für die Existenzberechtigung von Körperbehinderten-Einrichtungen zu bedenken. Nach ihrer Ansicht ist die Zukunftsberechtigung eines Internates für Behinderte um das Bemühen verpflichtet, zum "Externat" zu werden.

Nachbar statt Heiminsasse

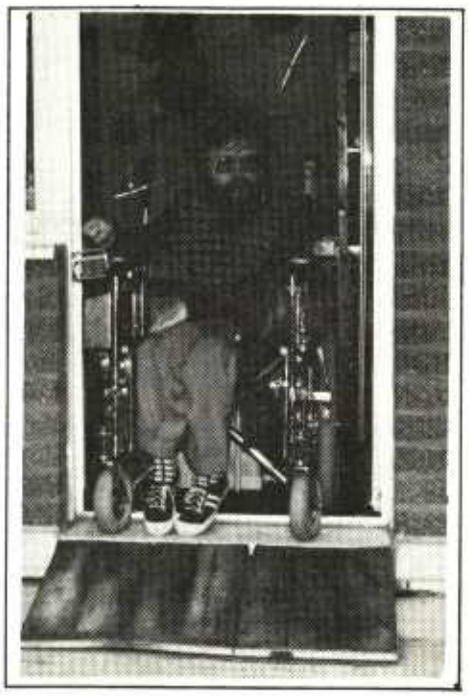
Wir wollen hier allein von Behinderten reden, die in Institutionen leben. Rehabilitationseinrichtungen werden gerne als hinderlich oder verhindernd hinsichtlich des individuellen Verselbständigungsprozesses dargestellt. Vereinzelt ist aber auch von Einrichtungen die Rede, die neue Wege erproben. Nicht die in den letzten Jahren entstandenen Wohnparks oder gar Dörfer für Behinderte meinen, wir, sondern den nen wir,sondern den Typ des "klassischen" Heimes ha-Zentrum). Trotz aller Unterschiede in deren Konzeptionen findet sich bei den Veränderungsversuchen ein gemeinsames Ziel: sich dem Behinderten als Autonomie-Hilfe zur Verfügung zu stellen. Begriffe wie Außenwohnung, Trainingswohnung, Autonomiegruppe u.dgl. machen hier plötzlich die Runde. D.h. diese Heime bieten eine Alternative zu sich selbst.

Uns sind derartige Bemühungen z. B. aus Ravensburg, Ludwigsburg, München und Hannover bekannt; unsere eigenen kommen hinzu.

Vom Heim zur Wohnung - ein Verlauf

Einen möglichen Weg zur Autonomie wollen wir hier aufzeigen. Wir wollen aber zeigen, was die Einrichtung versuchen müßte, um zum fördernden Begleiter einer Autonomie zu werden, statt zu deren Hemmschuh.

Die folgende Verlaufsdarstellung eines Verselbständigungsprozesses stellt einen Weg dar, wie er im Dietrich-Bonhoeffer-Haus, einem Internat für körperbehinderte Jugendliche und junge Erwachsene in Hürth bei Köln, seit 4 Jahren begangen wird. Wir, die Verfasser, sind als Beteiligte sicherlich von unseren Eindrücken und örtlichen Gegebenheiten geprägt. Mag jeder überlegen, was er auf die Situation "seines" Heims oder allgemein der Behinderteneinrichtungen übertragen will.



Erneut ins Heim?

Karl-Josef wird im Sommer 1979 Schüler des Behinderteninternats, um von hier aus die ihm einzig mögliche weiterführende Schule zu besuchen. Aufgrund von langjährigen Heim- und Krankenhausaufenthalten sowie mehrerer Schulwechsel ist er inzwischen 25 Jahre alt, als er den letzten

schulischen Abschluß (Fachoberschulreife und anschließend Abitur) anstrebt. Weitere fünf Jahre im Heim sind zu erwarten. Wie viele seiner Klassenkameraden (zumeist 17 - 18-jährige) ist er aber zu alt, zu ausgereift, um nun noch internatsmäßig pädagogisiert oder therapiert zu werden. Soll er ohne Institution im Rücken, alleine in einer eigenen Wohnung leben? Dazu fehlen Pflegehilfen, Geld und vor allem der Mut. Für die plötzliche Trennung von Institutionshilfen wäre allerdings auch eher Übermut nötig, um nach Jahren der Heimfürsorge nun sofortige Autonomie zu wagen. Karl-Josef hat eine hochgradige Muskeldystrophie und bedarf für nahezu alle täglichen Verrichtungen der Fremdhilfe.

Der erste Schritt: die "autonome Gruppe"

Schon nach einem halben Internatsjahr entschließt er sich, an der nächsten "Autonomen Gruppe" im Internat teilzunehmen. Das ist eine Vorbereitungsgruppe, nach deren einjährigem, erprobenden Zusammenleben der Auszug in eine sogenannte Außenwohnung steht, d.h. der Auszug aus dem Internatsgebäude. Ein Jahr wird die Außenwohnung noch vom Internat mitbetreut, dann sollten alle aus dessen Verantwortung entlassen werden. Für Karl-Josef bedeutet dies: Verringerung des weiteren Heimlebens auf nur 3 Jahre (statt fünf oder viel, viel mehr Jahre), Übernahme einer behindertengerechten Wohnung mit Sicherung des finanziellen Unterhalts sowie der täglichen Pflege; ein Leben als normaler Nachbar in einer Wohnsiedlung statt als "Rehabilitationsfall". Wenn der Versuch gelingt, werden die nächsten ein bis zwei Jahre seine letzten in einem Heim sein.

Für die Vorbereitungsgruppe haben sich noch ein weiterer junger Mann und drei 18-jährige Schülerinnen gemeldet. Diese 5 gehen in Klausur und beschließen, ein gemeinsames Gruppenleben in Eigenverantwortung zu erproben. Die Etage für "autonome Wohngruppen" im Internat wird für die Belange der fünf z.T. in Eigenarbeit hergerichtet. Probleme behindertengerechten Bauens und Einrichtens werden besonders im Küchen- und Sanitärbereich hautnah miterlebt. Vier Gruppenmitglieder sind Rollstuhlfahrer, eine Schülerin ist ohnarmig und muß die Hausarbeit mit den Füßen verrichten. Im Sommer 80 startet die Gruppe. Von der Versorgung im Internat löst sie sich weitgehend ab. Einkauf, Kochen, Organisation der Pflegehilfen, Tagesrhythmus - all das regeln sie nun selber.

Wohngemeinschaft "Außenwohnung"

Nach vielen Gruppensitzungen beschließt m[illegible], als Wohngemeinschaft zusammenzubleiben und begibt sich auf Wohnungssuche. Die örtliche Kommunalverwaltung - über das Internat auf solche Probleme vorbereitet - engagiert sich außerordentlich und vermittelt eine Doppelwohnung in einem Neubau. Dessen Innenausbau ist noch in einem Stadium, in dem spezifische Wünsche der Rollstuhlfahrer ohne große Mehrkosten berücksichtigt werden können. Zwei Wohnungen werden mittels eines Wanddurchbruchs [illegible] einer Großraumwohnung: ein Zimmer für jedes Gruppenmitglied, ein großes Gemeinschaftszimmer, 1 Bereitschaftszimmer für Pflegekräfte, Laderaum für Elektrorollstühle, 2 Sanitär- und 1 Küchenbereich. Im Sommer 81 zieht die Gruppe dort ein. Das Internat stellt zwei Zivildienstleistende für Pflege- und Fahrtendienst sowie eine sozialpädagogische Mitarbeiterin.

Die Gruppe ist nun völliger Selbstversorger und alleinverantwortlich für das Budget, das nach wie vor vom Internat gestellt wird.

Die Ablösung

Im Herbst 81 beschließt die Wohngemeinschaft, auch zukünftig zusammenbleiben zu wollen und die endgültige Internatsablösung zu vollziehen. Nun beginnt das große Behördenlaufen für die Gruppe und die Mitarbeiterin: Anträge stellen für Sozialhilfe, Wohngeld, BAFöG, Pflegegeld, Elterngespräche, Absicherung des Pflegedienstes u. dgl. Zugleich beginnt die Kontaktaufnahme zur Nachbarschaft, um Hilfsdienste im Notfall "vor der Tür" zu haben.

Im Frühjahr 82 ist das Endziel erreicht: Karl-Josef und seine Mitbewohner melden sich aus der Internatsverantwortung ab. Die Finanzierung zur alleinigen Übernahme der Wohnung steht, die Gruppe will zusammenbleiben (eine Schülerin zieht allerdings aus Gründen einer Partnerschaft aus), das Selbstvertrauen zur autonomen Lebensführung ist unerschüttert. Karl-Josef sieht sein wichtigstes Problem gelöst: der örtliche Arbeiter-Samariter-Bund stellt ihm im Rahmen der mobilen Hilfsdienste zwei Zivildienstleistende, die ihm eine pflegerische Versorgung rund um die Uhr gewährleisten. Die Nachbarschaftskontakte sind so erfreulich, daß auch dort im Notfall jemand einmal einspringt. Statt Heimbewohner ist man nun Nachbar, Mitbürger. Das Internat sucht der-

weil schon mit der nachfolgenden Aussengruppe die nächste behindertengerechte Wohnung im Großraum Köln.

Die Frage der Organisation - eine eindeutige Rechnung

Im Rahmen des normalen Internatspflegesatzes ist solch ein Projekt i.d.R. zu finanzieren. Nach ein bis zwei Vorbereitungsjahren, die die Einrichtung finanziert, werden Miete, Lebensunterhalt und Pflege im Rahmen der Sozialgesetze für jeden einzelnen berechnet und von den öffentlichen Stellen übernommen. Vor Beginn ihres letzten Internatsjahres hätte die Gruppe zusammengerechnet bis zum Schulabschluß noch 12 Jahre Heimunterbringung gestellte Autonomie-Verlauf zum vierten Mal. Wohnen als Berufstätiger oder Student ausgesehen hätte. So wurde es nur eine Summe von 5 Jahren. Für die Allgemeinheit also nicht nur eine vorrangig menschlichere Lösung, sondern nebenher auch noch eine billigere.

Die Gruppe um Karl-Josef ist nicht die erste Gruppe aus dem Dietrich-Bonhoeffer-Haus. Im Prinzip wiederholte sich der dargestellte Autonomie-Verlauf zum 4. Mal. Seit 1978|79 gibt es im Internat "autonome Gruppen" und "Außenwohnungen"; bisher waren es

GuidosimpleX jetzt auch in Deutschland GuidosimpleX jetzt auch in Deutschland

GuidosimpleX jetzt auch in Deut

Warum lenken Sie Ihr Kfz., als Rollstuhlfahrer, nicht mit beiden Händen am Lenkrad?

Müssen Sie nicht 12 verschiedene Schalterfunktionen, lt. Führerscheinauflage, (funkelektronisch), zentral vom Lenkrad aus, schalten können?

Mit GuidosimpleX können Sie noch viel mehr!

GuidosimpleX jetzt auch in Deut

REHA GmbH

Komplettausrüster von Behinderten-Kfz

Ludenberger Str. 15 - Hardtstr. 56
4000 Düsseldorf-Grafenberg
Tel. 02 11/68 13 56

Zweier- und Dreier-Gemeinschaften, die - bis auf eine - heute noch in der gleichen Konstellation in der gleichen Wohnung leben. Es handelt sich bei den Gruppen immer um i.d.R. schwerkörperbehinderte junge Erwachsene, die eine weiterführende Schule besuchten. Es war Bedingung, daß sie mit Übergang in die Außenwohnung das Volljährigkeitsalter erreicht hatten.

Die Frage der Gefühle - eine Entscheidung

Zwangsläufig traten in unserer gerafften Darstellung die formalen Schritte in den Vordergrund. Die eigentliche Arbeit, Anstrengung und Freude, liegt jedoch vor allem in den Gruppenprozessen, den Konflikten um die Hausarbeit, dem Gefühl des anfänglichen "ÜberdenKopf-Wachsens", den Auseinandersetzungen mit den Eltern, dem ständigen Kalkulieren-Müssen, dem Überwinden von Schwellenängsten, sei es vor Behörden oder den eigenen inneren Schranken, der Umgang mit einem gewissen Erfolgsdruck, der Sorge, ob auch wirklich jeden Morgen jemand kommt, der mich aus dem Bett hebt, zur Toilette bringt, den E-Stuhl auflädt u. dgl.

Als Schwerstbehinderter zahle ich für die Freiheit des autonomen Wohnens meinen Preis: Zeiten, die ich früher mit Freunden, beim Lesen oder am Telefon verbrachte, benötige ich jetzt in hohem Maße, um meine Küche aufzuräumen, das Behindertentaxi für den Einkauf zu bestellen, Pflegedienst zu organisieren oder um Anträge auszufüllen. Meine Erfahrungen und der Gegenwert von Freiheit und Eigenverantwortlichkeit haben den Preis bisher gerechtfertigt. Irgendwie ist es auch richtig, seinen Preis zu zahlen, denn das muß letztlich jeder junge Mensch, der aus dem Elternhaus auszieht und die erste eigene Wohnung gründet. Wir beginnen zu unterscheiden, was wirklich spezifische Wohnprobleme von Körperbehinderten sind und was nur zu solchen gemacht wurde. D.h., viele Probleme des selbständigen Wohnens, mit denen Behinderte vor dem Auszug aus den Heimen gewarnt werden, sind letztlich allgemeine Probleme des Wohnens von Menschen.

Die Frage an die Heimträger - es geht an die Substanz

Die Heime, Reha-Zentren, Internate sollten hier genau überprüfen, für wen sie dann wirklich noch da sein müssen, wo sie Entwicklungen zu betonieren, die vielleicht gewagt werden könnten. Uns scheint, daß noch zu viele unter dem Alibi der Körperbehinderung oder des Rollstuhls in Einrichtungen leben, wobei die eigentlichen Probleme im Bereich menschlicher Entmutigung bzw. fehlender Ermutigung liegen. Einem Körperbehinderten-Internat sprechen wir schlichtweg die Existensberechtigung ab, wenn es sich nicht auch als Externat versucht. Dann erst wird man sehen, wie viele Heimplätze unsere Gesellschaft wirklich noch benötigt und wie diese dann arbeiten könnten. Augenscheinlich haben in den letzten Jahren ähnliche, vereinzelte Versuche begonnen und der Trend scheint zum Glück nicht mehr aufzuhalten zu sein. Unsere Absicht war es, an einem Einzelbeispiel mögliche Konzeptionserweiterungen der bestehenden Einrichtungen aufzuzeigen. Wenn dies nicht als Trick geschieht, der nur mittels Attraktivität eine vorübergehende Vollbelegung garantieren soll, könnte im Einzelfall als letzte Konsequenz einer Konzeptionserweiterung tatsächlich die Auflösung oder zumindest die erhebliche Platzreduzierung des Heims stehen.

"Valkendam" - Ein Beispiel für humanes Wohnen und Arbeiten

Dies ist der Bericht über ein Wohn- und Arbeitsprojekt in Holland, daß uns sehr beeindruckt hat.

Wir verließen "Valkendam" mit dem Gefühl: "So könnte ich auch leben." -

Ein uns vollkommen neues Gefühl nach dem Besuch einer "Einrichtung" für behinderte Menschen.

Integration ist machbar, Herr Nachbar

Der Bauernhof liegt am Rande einer kleinen Gemeinde in der holländischen Provinz Rijnland und ist eine Art Außenprojekt der örtlichen Werkstatt für Behinderte. Leben (wohnen und arbeiten) auf "Valkendam" bietet den sechs geistig behinderten Bewohnern eine Möglichkeit, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen.

Die Initiative zur Realisierung dieses Projekts ging von einem engagierten Sozialarbeiter aus, der betroffene Eltern, Verbände und Behörden mobilisieren und für seinen Plan gewinnen konnte. Die Gründung einer Stiftung war der erste Schritt zur praktischen Umsetzung. Mit dieser als Rechtsgrundlage konnten Verhandlungen mit Kostenträgern aufgenommen werden, die z. T. bis heute noch nicht abgeschlossen sind. Auch ohne endgültige Absicherung nach allen Seiten entstand 1974 der erste und 1979 der zweite Bauernhof, getragen von der Idee, Behinderte nicht aus ihren vertrauten Lebenszusammenhängen herauszureißen, sondern ihnen einen Platz in der Gemeinschaft (Gemeinde) anzubieten, an dem sie ihren Fähigkeiten und Neigungen entsprechend sinnvoll und eigenverantwortlich handeln können. Die vertrauten Lebenszusammenhänge zu erhalten, bedeutet in diesem Fall, daß die Bauernhöfe konzipiert sind für den Personenkreis geistig behinderter Bauernsöhne und -töchter, die aus den verschiedensten Gründen nicht mehr auf dem Hof ihrer Eltern verbleiben können, (oder z.T. auch schon jahrelang in Anstalten, Psychiatrie oder Wohnheimen gelebt haben).

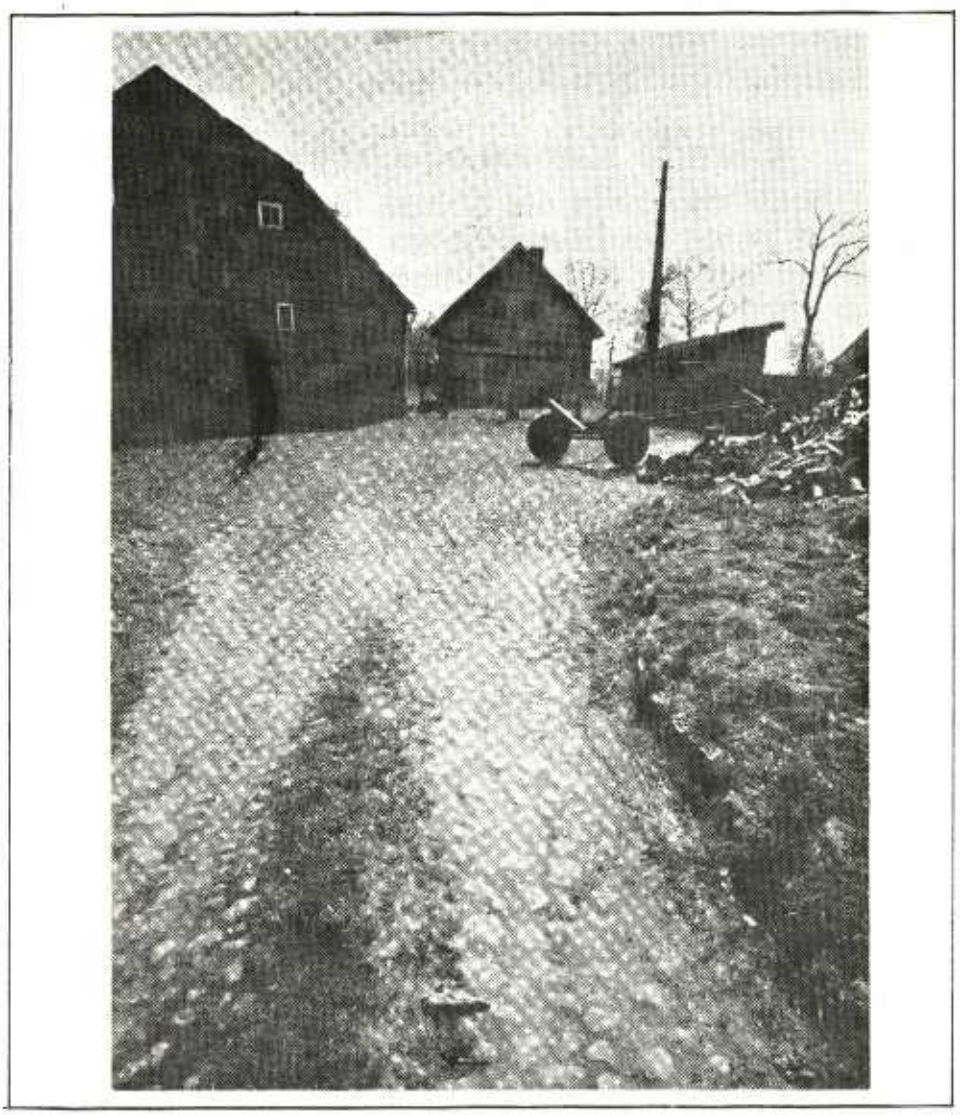
Der oben formulierte Anspruch gibt den für unsere (deutschen) Verhältnisse ungewöhnlich weitgefaßten Rahmen vor, für das, was auf dem Bauernhof "Valkendam" geschieht. Dieser Rahmen wurde im Laufe der Zeit durch eigene Regeln und Bedürfnisse mit Leben gefüllt und entwickelte sich zu d e r Wohn-Arbeitsgemeinschaft, die wir für einige Tage selbst erleben und mitleben konnten. Davon ein Bild zu geben, wollen wir im folgenden versuchen. Zwar kann unsere Schilderung so wenig umfassend sein, wie es möglich ist, das in Worte zu fassen, was Zusammenleben ausmacht, noch dazu in einem so kurzen Artikel. Dennoch möchten wir versuchen, einige wesentliche Eindrücke herauszugreifen und beginnen mit den "Äußerlichkeiten".

Der Hof besteht aus einem zweigeschossigen Wohnhaus mit angebautem Kuhstall, zusätzlichen Ställen für Schweine, Hühner und Kälber und einem Heuschober. Dazu kommen zwei Gärten und

→

Hartmut u. Armin Reiche
KFZ-Reparaturbetrieb
Leyendeckerstr. 12 · 5000 Köln 30 · ☎ 0221/557657

ca. 11ha Land. Herz des Wohnhauses sind die große Küche mit Eßtisch und das ebenfalls große Wohnzimmer, die nebeneinander im Ergeschoß liegen. Daneben gibt es noch verschiedene Wirtschaftsräume, eine Vorratskammer, Bäder, Toiletten, ein kleines Büro, Diele und die Zimmer der Bewohner. Jeder hat sein eigenes Zimmer, daß nach eigenen Vorstellungen und Bedürfnissen selbst eingerichtet ist.



Entsprechend sind die Gemeinschaftsräume (Küche, Wohnzimmer) gemeinsam eingerichtet und sehr gemütlich und wohnlich, wodurch wir schon vom ersten Moment an das Gefühl hatten, in ein "Zuhause" zu kommen, und nicht in eine Einrichtung.

Im Augenblick wird "Valkendam" von sechs Bauernsöhnen bewohnt. Daß auf dem Bauernhof nur Männer wohnen, heißt nicht, daß weibliche Bewohner nicht willkommen sind. Nach Aussagen der Begleiter ist es außerdem durchaus vorstellbar, daß auch Menschen hier leben, die nicht in einem landwirtschaftlichen Betrieb aufgewachsen sind; wesentlich ist, daß sie Freude haben an der Landarbeit. Die Bewohner sind zwischen 25 und 48 Jahre alt. Es widerstrebt uns, sie in die gängigen Kategorien psychologischer und medizinischer Diagnostik von geistiger Behinderung einzuordnen. Ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten sind in den unterschiedlichen Bereichen so unterschiedlich wie die aller Menschen. Wir wollen damit nicht wegdiskutieren, daß Behinderung und eine daraus resultierende verstärkte Hilfsbedürftigkeit auf bestimmten Gebieten existiert. Wie relativ jedoch derartige Kategorien sind, wie abhängig von gesellschaftlichen Anforderungen und Maßstäben, wurde uns auf "Valkendam" am eigenen Leibe deutlich. Denn was hier wichtig war, war die holländische Sprache und Kenntnisse über landwirtschaftliche Arbeit. Über beides verfügten wir nicht, und unsere "kognitiven Fähigkeiten" half uns beim Schweine füttern überhaupt nicht. In unserer Hilflosigkeit waren wir angewiesen auf "Rat und Tat" der Behinderten.

Wenn man/frau über Wohnen und Arbeiten auf "Valkendam" schreibt, sind in einem Atemzug mit den Bewohnern auch ihre Begleiter zu nennen, von denen jeweils zwei tagsüber (7.00 - ca. 22.30 Uhr) anwesend sind. Insgesamt sieben Begleiter - nicht Betreuer! - teilen sich für Planstellen, die sich formal in Wohn- und Arbeitsbegleitung aufgliedern. Auf diese Trennung in Innen- und Außendienst wird aber mehr oder weniger verzichtet. Jeder, der hier arbeitet, muß auch ein Interesse an der Landwirtschaft entwickeln. Dieses, sowie die Haltung Behinderten gegenüber und das persönliche Engagement sind für die Anstellung wichtiger als eine bestimmte Ausbildung. Seit Bestehen des Bauernhofes ist nur ein Begleiter weggegangen. Verglichen mit

→

der hohen Fluktuation in anderen Einrichtungen legt das den Schluß nahe, daß sich die Mitarbeiter dort wohl fühlen. Daß es für sie mehr ist als nur ein "Job", geht z.B. aus der Aussage einer Begleiterin: "dies hier ist mein zweites Zuhause", hervor.

Der Tagesrhythmus wird bestimmt durch die auf dem Bauernhof zu verrichtende Arbeit; dabei wird darauf geachtet, in etwa einen 8-Stunden-Arbeitstag bzw. eine 40-Stunden--Woche einzuhalten.

Die Größe des landwirtschaftlichen Betriebes ist nicht in erster Linie bestimmt durch Profitdenken, sondern durch das, was die Bewohner bewältigen können. Das Gleiche gilt auch für die Art und Weise der Bewirtschaftung. So gibt es keine Massenzucht, sondern verschiedene übersichtliche Bereiche: Kühe, Kälber, Schweine, Hühner, Schafe, Ziegen und Gemüsegarten. Charakteristisch ist ebenfalls die "Handarbeit", im Gegensatz zur Arbeit mit landwirtschaftlichen Maschinen, um Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, sowie gesunde körperliche Verausgabung und unmittelbare eigene Bestätigung zu erwirken. Zusammenfassend läßt sich sagen, daß hier nicht der Mensch an die Arbeit angepaßt wird, sondern die Arbeit an den Menschen.

Jeder Bewohner hat einen festen Verantwortungsbereich, der täglich wiederkehrend einen Teil seiner Arbeit bestimmt. Die übrige Zeit ist ausgefüllt durch Saisonarbeiten, Instandhaltung des Hofes und alles, was gerade so anfällt. Täglich wechselnd hat einer der Bewohner Innen- bzw. Haushaltsdienst.

Auch die Begleiter fühlen sich für einen festen Bereich in der Landwirtschaft zuständig und legen je nach Arbeitserfordernis mit Hand an.

Hauptsächlich ein Begleiter übernimmt die Funktion des verantwortlichen Bauern. Darüber hinaus bezeichnen sie selbst ihren Aufgabenbereich als "das Begleiten und Entdecken von eigenen Möglichkeiten" bzw. "als das Schaffen von Umständen, in denen die Bewohner die Möglichkeit haben, Selbstrespekt, Selb-

→

Artur Riedel

Orthopädie
Alle Kassen

Bruchbänder
Leibbinden
Gummistrümpfe
Fußeinlagen
Moderner Kunstgliederbau
Krankenfahrzeuge
Mieder

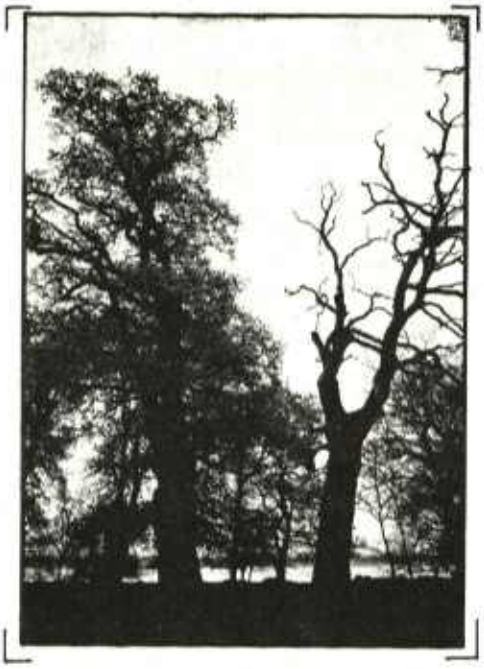
Köln-Mülheim - Clevischer Ring 114 - Telefon 61 26 91

ständigkeit und Selbstverantwortung zu erlernen". Daß dieses in der konkreten Situation sehr unterschiedlich aussieht, ist abhängig von den jeweiligen Möglichkeiten und Fähigkeiten der einzelnen Bewohner. Vielleicht wird am Beispiel Kochen die Variationsbreite der Hilfestellung oder des Mittuns deutlich: Während der eine schon Schwierigkeiten hat allein Kaffe zu kochen, weil er das notwendige Kaffeemehl nicht abzählen kann, bereitet ein anderer fast selbständig das Mittagessen.

Das Verhältnis zwischen Bewohnern und Begleitern ist ein partnerschaftlich freundschaftliches Hierarchische Strukturen gibt es weder zwischen Bewohnern und Begleitern noch zwischen den Begleitern untereinander. Wichtige Entscheidungen werden von allen gemeinsam getroffen.

Wesentliche Elemente des Tagesgeschehens sind neben der Arbeit die arbeitsfreie Zeit/Freizeit und die gemeinsamen Mahlzeiten. Fünf Mal am Tag treffen sich alle um den großen Eßtisch in der Küche zum Essen oder Kaffetrinken, wobei es recht lebhaft zugeht. Man unterhält sich über das Wetter, den Nachbarn, die Arbeit, die Hitparade, Neues aus der Tageszeitung... Mit anderen Worten: die gemeinsamen Mahlzeiten sind sehr wichtiger Bestandteil des Zusammenlebens und bieten die Möglichkeit, das Erlebte oder andere Dinge von Interesse auszutauschen, zu reflektieren und zu verarbeiten.

Die Freizeit w i r d nicht gestaltet, jeder ge-



staltet sie entsprechend seiner Hobbys, Interessen, Lust und Laune selbst. Vom Radfahren und Windmühlen-Besichtigen bis hin zum Rückzug aufs eigene Zimmer und nichts tun gibt es eine Bandbreite von Möglichkeiten. Zwang zur Beschäftigung gibt es nicht und das "Hobby" Fernsehen spielt nur eine untergeordnete Rolle.

"Sozialer Verkehr" findet in beiden Richtungen statt: Einerseits gehen die Bewohner hinaus in die Umgebung; sie nehmen z.B. an örtlichen Veranstaltungen und Festen teil. Andererseits kommen Bewohner der näheren Umgebung aber auch auf den Hof, um dort die hauseigenen Produkte, wie Milch, Eier und Gemüse zu kaufen. Bemerkenswert ist auch, daß die anfänglich eher ablehnende, zumindest mißtrauische Haltung der Nachbarn sich langsam ändert. So ist es zur Zeit schon durchaus üblich sich Nachbarschaftshilfe zu leisten oder sich auch gegenseitig zu besuchen.

Wir hoffen, daß wir zum Ausdruck bringen konnten, daß Leben auf "Valkendam" ausgefülltes Leben ist: daß Wohnen mehr ist als ein Dach über dem Kopf, daß Arbeiten mehr ist als sinnlose Beschäftigung, daß die Beziehungen untereinander eine andere Basis haben, als die des Arbeitsvertrages. Vielleicht läßt sich durch diese drei Kriterien das Wesen der Gemeinschaft erfassen. Für nicht unbedingt ausschlaggebend halten wir die Tatsache, daß sie bei dem hier beschriebenen Projekt auf einem Bauernhof verwirklicht werden. Wir fühlen uns also mißverstanden, wenn unser Bericht als Pläydoyer für eine Forderung wie: "Behinderte auf Bauernhöfe", verstanden wird. Wir können uns gut verstellen, daß andere Betätigungsfelder, z.B. kleine Handwerksbetriebe, Reparaturwerkstätten... und andere überschaubare Arbeitsstätten ebenso den Rahmen für ein solches Projekt darstellen können.

Die beschriebene Wohn- und Arbeitsgemeinschaft spricht eine Reihe von Problemfeldern an, und sicherlich konnten wir mit diesem Artikel nicht alle Fragen beantworten, die aus den verschiedensten Richtungen an ein solches Projekt gestellt werden. Aber unser Anliegen war auch lediglich, unseren positiven Eindruck wiederzugeben und vielleicht dazu anzuregen "Neues" anzustreben, auch wenn es von der Gesellschaft zunächst als Utopie abgetan wird.

Margret Kämmer
Evelin Thielitz

VERPLANT

Zur Vorgeschichte:

Ich, weiblich, 25 Jahre, Krüppel, bewarb mich vor einigen Jahren (ich glaube es sind schon 4 oder 5 Jahre) für "das Haus" in der Fürstenberger Str. 25-27. Dieses Haus war ursprünglich als Modellversuch in Frankfurt/Main geplant. Das heißt, die Herren des Ev. Regionalverbandes stellten sich vor, ein Haus zu finanzieren, das rollstuhlgerecht ist und, daß Behinderte sowie Nichtbehinderte darin wohnen können, dürfen und sollen. Denn Integration ist nun mal "in" und auch die Kirche will nicht hinten anstehen. Die Pläne für dieses Projekt gab es zu dieser Zeit allerdings noch nicht. Trotzdem wollte der ev. Regionalverband natürlich auch sicher sein, ob es sich überhaupt lohnen würde ein solches Projekt zu finanzieren. Aus diesem Grund wurden bei den Krüppeln Umfragen und Anfragen gestartet, ob sie bereit wären, mit Nichtkrüppeln in einem solchen Haus zu wohnen. Diejenigen, die bereit waren, wurden auf eine Liste gesetzt und mußten nun abwarten wie der Lauf der Dinge geschah. Die Zeit verging und verging. Die Anwohner des Holzhausenviertel (Spießer und Prominentenviertel -- von hier erhält die Aktion Sorgenkind ihre Spenden) beschwerten sich, gingen Unterschriften sammeln es fehlte nur noch, daß sie auf die Straße gingen demonstrieren, aber Chaoten wollten sie anscheinend keine sein -- jedenfalls setzten sie alle Hebel in Bewegung um das Projekt "Fürstenberger Str." zu verhindern (es lag ja auch in ihrem Wohngebiet). Die Argumente, die hier genannt wurden, waren haarsträubend, so z.B., Minderung der Wohnqualität durch Senkung der Mieten und der Grundstücke. Nach vielen Verhandlungen, Gesprächen und Diskussion konnten die Anwohner umgestimmt werden, allerdings traf man die Vereinbarung, daß das Gebäude mit 3 Etagen anstatt mit 4 Etagen, so wie es geplant war, gebaut werden müsse, damit es dem Wohnviertel angepaßt sei. (Man beachte aber, daß unmittelbar daneben eins mit 5 Etagen steht).

Und nun verging wieder viel, viel Zeit, aber es wurde inzwischen gebaut und gebaut.

Nun zur jetzigen Situation:

Im März d.J. rief mich Herr X an und fragte, ob ich noch an einer Wohnung in diesem Haus interessiert sei. Und ob ich das war, denn ich wohnte immer noch im III. Stock ohne Aufzug. Mir wurde ein Fragebogen zugeschickt, indem ich ankreuzen mußte, was ich alles alleine kann und mit wieviel Personen ich dort einziehen möchte. Ich bewarb mich also für eine 3 Zi. Whg., da mein Betreuer mit mir einziehen sollte. Ende April erhielt ich einen Brief, ob ich nicht auch eine 1 Zi. Whg. nehmen wollte, denn es wären zuviele Bewerber für die 2 und 3 Zi. Wohnungen. Ich war ziemlich ärgerlich über diesen Brief, denn er bewies mir, daß mein Pro- →

Behindertenfahrzeuge
Helmut Jelschen
Am Delf 41/59 · Tel. 04403-5404
D-2903 Bad Zwischenahn

blem nicht erkannt oder auch nicht beachtet wurde. Ich wußte, daß alle 2 Zi. Wohnungen ein Durchgangszimmer hatten und deshalb bewarb ich mich für eine 3 Zi. Wohnung, denn auch ein Betreuer sollte Freizeit haben, und zwar auch ohne den zu Betreuenden. Doch wie soll das möglich sein in einer Wohnung mit Durchgangszimmer oder wie soll das möglich sein in einer 1 Zi. Whg? Inzwischen erfuhr ich von seiten des Ev. Regionalverbandes, daß es zuviele Krüppel gab, die sich für eine Wohnung bewarben, damit gäbe es für die Nichtkrüppel keinen Platz mehr. Somit war also der Modellversuch gestorben. Hinzu kommt noch, daß nur Rollstuhlkrüppel aufgenommen werden und ich bin nun mal keiner -- trotzdem bin ich pflegebedürftig -- mit anderen Worten, ich bin nichtbehindert genug, um überhaupt eine solche Wohnung in Anspruch nehmen zu können, zu dürfen. Also mir hätte sowieso keine Wohnung zugestanden. Warum haben sie mich dann 5 Jahre warten lassen?

Nun liebe Luftpumpen-Leser frage ich Euch, liegt hier noch Integration vor oder ist es Ghettoisierung?

Ob auch die Herren des Ev. Regionalverbandes diese Frage beantworten können?
Der Name dieses Schreibers ist der Redaktion bekannt

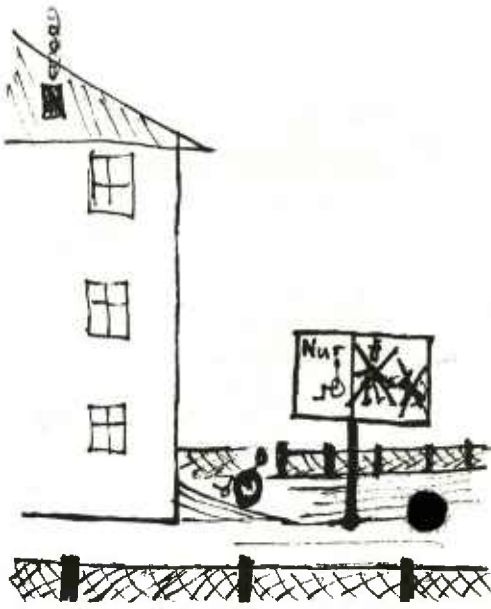
Kurzbeschreibung weiterer gemeindenaher Wohnprojekte:

Wohnanlage Fasanenhof in Stuttgart in einem neuen Stadtteil, der rollstuhlzugänglich in allen öffentlichen Einrichtungen ist, mit Hilfsdienst und 47 Wohnungen für Körperbehinderte, im Prinzip eine Art Service-Haus, das gute Ansätze verwirklicht hat. Es existiert seit 5 Jahren.

Ähnliches ist in Karlsruhe geplant: 62 Wohnungen mitten in der Stadt, die "den Bedürfnissen von verschiedenen Gruppen angemessen" sein sollen, nicht nur für Behinderte, mit Hilfsdienst und sozialen Mieten.

Literatur zum Schwerpunktthema:

- Gemeindenahe Wohnformen für erwachsene Körperbehinderte - Überlegungen, Anregungen Modelle, 100 S., Dt. Caritasverband, Referat Behinder-



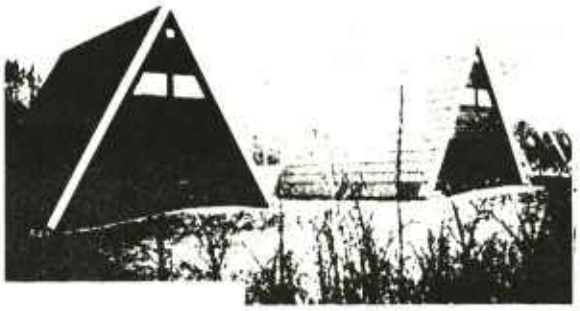
tenhilfe, Karlstr. 40, 7800 Freiburg. Das Heft enthält viel Material zu den Wohnformen, Literatur- und Adressenlisten (leider keine A.-Liste von Projekten) und DIN-Vorschriften für B.-Wohnungen.

- Ambulante Dienste, Dokumentation des VIF-Kongresses vom März 1982, Herausgeber: Vereinigung Integrationsförderung e.V., Herzog-Wilhelm-Str. 16, 8000 München 2, s. auch LP Nr.5/82.

- Konzepte für Wohngruppen mit Behinderten und Nichtbehinderten gibt es beim CeBeeF Frankfurt, Mörfelder Landstr. 27, 6000 Frankfurt 70 und beim

Verein Integriertes Wohnen für Behinderte, Stapferstr. 39, CH-8006 Zürich/Schweiz.

Ostseeferienhäuser Damp 2000
für Behinderte und ihre Freunde



Anfragen und Vermittlung:
Erich Dahlhoff - Andreas-Hofer-Straße 9
4400 Münster - Telefon (02 51) 6 42 60

Unerfreuliches *bei der*

ARBEITERWOHLFAHRT
Kreisverband München-Stadt e. V.

Vor einger Zeit veröffentlichten wir in der LP diesen Artikel im Münchener Regionalteil. Er hatte nun ein Nachspiel. Für alle Nicht-Münchener diesen Artikel nochmal:

"MANAGER IM SAMARITER-GEWAND"

Die Vorwürfe sind nicht neu- bereits in der "SZ" vom 23.06.1980 konnte man von "Mißständen und katastrophalen Zuständen" in verschiedenen Einrichtungen der Arbeiterwohlfahrt (AW) lesen. Auch der Vorwurf der "Vetternwirtschaft" scheint sich wie ein roter Faden durch die AW, Horst Salzmann, zu ziehen.. Seine Reaktionen auf die Vorwürfe sind immer wieder dieselben:

"Rufmord", "Hetzkampagne der Presse", "gezielte Agitation" und Kritiker werden gefeuert.

Kritiker soll mundtod gemacht werden

Am Donnerstag, 08.04.82 wurden nun vom Landgericht München I die sieben einstweiligen Verfügungen mit einem Streitwert von insgesamt 2.050.000,-DM abgelehnt, die die AW gegen einen der Kritiker, Gerhard Sperling angestrengt hatte. Die vorgebrachten Kritikpunkte stellen also keine "Schmähkritik" und "Beleidigung" dar, und dürfen weiterhin gegenüber Kreismitgliedern der AW geäußert werden. Weiterhin gewährte das Gericht Herrn Sperling Prozeßkostenhilfe die eigentlich nur zugestanden wird, wenn in einem Verfahren hinreichende Aussicht auf Erfolg besteht.

Misshandlungen werden bekannt

Die Diskussion wurde ausgelöst, als dem "Arbeitskreis Menschenrechtsverletzungen in Heimen" und den "Grauen Panthern" von unglaublichen Mißständen im Altenheim "Hasenbergl" der AW berichtet wurde. Fehlende hygienische Versorgung, Mahlzeiten, die nicht auf die Bedürfnisse alter und kranker Menschen abgestimmt waren, rüder Umgangston, kotverschmierte Gegenstände, die tagelang herumlagen, waren nur einige der in den Klagen vorkommenden Zustände. Die Geschäftsführung der AW lehnte ein Angebot der "Grauen Panther" ab, die Mißstände "intern" zu klären und ging zum Gegenangriff über: Salzmann bestritt die Vorwürfe als "völlig unzutreffend" und kündigte gerichtliche Schritte gegen die Kritiker an. Inzwischen häufen sich die Zuschriften und Anrufe von Betroffenen, Mitarbeitern und angehörigen, die diese Vorwürfe bestätigen, bzw. weitere massive Beschwerden vorbringen. Die AW startete eine Fragebogenaktion unter den Heimbewohnern, die diese schweren Vorwürfe wiederlegen sollten. Die Ergebnisse solcher fragwürdigen "Umfragen" unter Abhängigen kann sich jeder ausmalen: "Die meisten Altenheimbewohner sind zufrieden". Auch nach dieser Aktion gehen weiterhin Vorwürfe ein...! - Gegen die Mißstände wurde aber natürlich nichts getan!!

Inzwischen kommen auch aus anderen Einrichtungen der AW Berichte über "mittelalterliche Praktiken". Unglaubliche Hygienezustände im Altenpflegeheim an der "Gravelottstrasse", ärztliche Unterversorgung usw. in der sogenannten "geschlossenen Abteilung" in der Schwanseestraße...So ist unbestreitbar, daß das Amtsgericht München Ende vergangenen Jahres Strafanzeige wegen Freiheitsberaubung androhte, falls die Insassen eines Pflege-

→15

heims erneut ohne gerichtliche Genehmigung in einer geschlossenen Einrichtung untergebracht würden.

...1/4 Stunde für 35 Patienten...

Ein Beispiel für die skandalöse Situation: Gerhard Sperling wird dem Arzt Dr. Geier vor, seine Visite in der geschlossenen Abteilung mit sehr hoher Geschwindigkeit auszuführen, ohne sich dabei um die besonderen Probleme der Patienten und Pfleger zu kümmern.

Der Rechtsanwalt des Arztes führte dazu aus: Die insgesamt 35 patienten- "alte verwirrte Menschen und einige schwer Alkoholsüchtige" - wurden im notwendigen Umfang versorgt.
"So besuchte er wöchentlich jeden Montag ca. 1/4 Stunde lang die Station, um nach dem Rechten zu sehen. Einmal wöchentlich führt er er die Visite durch, wobei er jeden einzelnen Patienten aufsuchte. Die Visite dauerte eine 3/4 Stunde. Am Freitag besuchte er die Station in der Regel noch einmal 1/4 bis eine 1/2 Stunde, um nach dem Rechten zu sehen. Da es sich bei allen Patienten um schwere und dauerhafte Erkrankungen handelte, waren andere Maßnahmen weder angezeigt, noch notwendig". (!!!)
Ein Kommentar erübrigt sich wohl...!!!!!!

So schloß der Artikel. Die Geschichte aber ging weiter, bis in die Tagesthemen der ARD hinein. Wir haben das Manuskript des Berichts vom 15.6. erstellt und drucken es im folgenden ab:

Wohlfahrt im Zwielicht

Tagesthemen vom 15.06.1982

Von einem Mann ist zu berichten, der heute vor dem Münchner Arbeitsgericht stand. Er wehrt sich gegen die Kündigung. Er war vor die Tür gesetzt worden, weil man ihn für unhaltbare Zustände in seinem Arbeitsbereich verantwortlich gemacht hat. Die Zustände sind tatsächlich haarsträubend. Allerdings, dieser Mann hat immer wieder versucht, die erkannten Mißstände abzustellen. Von diesem Mann ist zu berichten, auch von einem handfesten Skandal.

SZENENWECHSEL AN DEN INFOSTAND, SCHILD IN GROSSAUFNAHME

"Mißstände im Altenheim - wer trägt die Schuld?

Eine Frage, die der "ARBEITSKREIS GEGEN MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN IN HEIMEN" auf einer Protestaktion in München stellte. Die Frau eines mittlerweile verstorbenen Pflegeheiminsassen erzählt: "Der Rücken wurde immer schlimmer, immer schlimmer. Und Herr Dr. Dürk, der wußte ja, daß ein Decubitus im Entstehen war - ich war zu jeder Visite anwesend - der hat nicht einmal gesagt, drehen sie diesen Mann um, damit ich mal sehen kann und eventuell auch mal eine Salbe oder Verbandszeug verschreiben kann - nein das hat der nicht getan, bloß zum Schluß hat er mir eine saftige Rechnung geschickt."

Angeklagt ist die Arbeiterwohlfahrt, die in München sechs Alten- und Pflegeheime unterhält. Neben mangelnder ärztlicher Betreuung werden vor allem die hygienischen Verhältnisse in den Heimen der AW kritisiert. Aus dem Protokoll einer Inspektion durch das Gesundheitsamt: "Auf dem Boden der Waschräume wurden uringetränkte →

Bettlaken und andere schmutzige Wäsche gefunden. Nicht nur die WC's, sondern auch Kranken- und Aufenthaltsräume waren durch Exkremente verunreinigt. Den 38 Bewohnern der Pflegestation stand nur ein Bad zur Verfügung, das andere diente als Rumpelkammer".
Das selbe Bad beim Drehtermin: Sauber. Rein. Auch personell machte die AW reinen Tisch. Sie kündigte dem verantwortlichen Leiter der Station, Jürgen Wünsche. Der zog vors Arbeitsgericht. "Die Kündigung", so Wünsche, diente nur der Ausschaltung eines unbequemen Kritikers. Denn er habe dieselben Mißstände, wegen der er jetzt gekündigt wurde, vorher immer wieder intern moniert."

Aus einem Beschwerdebrief des Seniorenschutzbundes "Graue Panther":
"Das Essen ist eine Zumutung, es wird nicht altengerecht zubereitet, und läßt an Qualität und Quantität zu wünschen übrig. Insassen klagen ständig über Hunger und das bei einem Pflegesatz von 2.356,-DM/monatlich", Zitat Ende. Der Pflegesatz soll jetzt um 10% erhöht werden. Ein weiterer Vorwurf: Freiheitsberaubung. Ohne Genehmigung des Vormundschaftsgerichts sollen geistig verwirrte Alte in einer geschlossenen Abteilung eingesperrt worden sein. Die Abteilung wurde auf einen Beschluß des Amtsgerichtes hin aufgelöst. Gegen den Vorwurf der oberflächlichen Betreuung wehrt sich der für das Heim zuständige Arzt mit einer einstweiligen Verfügung. Entgegen den Vorwürfen habe er die

Station wöchentlich jeden Montag eine Viertelstunde lang besucht, um nach dem Rechten zu sehen. Für die wöchentliche Visite der über 30 Patienten habe er sich gar eine 3/4 Stunde Zeit genommen. Eine Rechtfertigung, die für sich selbst spricht! Ein anderer interner Kritiker, der mittlerweile aus dem Vorstand ausgeschlossen wurde, führt die Mißstände in den Heimen auf Einsparungen bei den Betriebskosten zurück. Damit sollten teure Prestigeobjekte wie dieses Altenheim für 28 Millionen DM finanziert werden. Prestigeobjekte für den ersten Vorsitzenden der Münchner AW, Horst Salzmann, zugleich Fraktionsvorsitzender der SPD im Münchner Stadtrat. Er habe auch, so der gravierendste Vorwurf, private wirtschaftliche Interessen nicht von einer öffentlichen Funktion getrennt. Die "Salzmann-Connection" im Einzelnen: Maren Salzmann-Brünnjes, seine Frau, führt mit Gerd Knorr die Gartenbaufirma "Münchner Grün". Eine Firma, die auch mit der AW ins Geschäft zu kommen suchte. Schon lange im Geschäft ist Gerd Knorr selbst über sein Architekturbüro Aigner-Knorr, das bei AW-Projekten von über 50 Millionen DM mit Planung und Bauaufsicht bedacht wurde. Kein Wunder, Gerd Knorr sitzt selbst im Vorstand der AW. Salzmann jun., Horst-Peter, ist Geschäftsführer der HABESO, der Handels- und Betriebsgesellschaft für soziale Einrichtungen, die für die AW Essen kocht und Wäsche reinigt. Sie befindet sich in Liquidation.
Die Frau Horst Peters, Brigitte Salzmann, schließlich verkauft über eine eigene Firma Behinderten- und Altenbedarf an Heime. Horst Salzmann selbst ist krank und konnte sich zu den geschäftlichen Verpflechtungen nicht äußern. Zu den Mißständen im Heim seine Sellvertreterin (Gertrud Bock):
"Trotz unseren Ausweitungen in der offenen Altenhilfe haben hier keinerlei Einsparungen stattgefunden. die entweder betriebs- oder patientenschädlich sich auswirkten.
Ich möchte aber noch einmal mit allem Nachdruck darum bitte: daß sich diese ständig wiederholenden Vorwürfe der AW nicht aus mir unklaren Gründen zu einem Dauerlutscher erhoben werden, denn sie schädigen den Verband, sie schädigen die Sozialarbeit und die uns anvertrauten Menschen, nicht zuletzt unsere sehr tapferen Mitarbeiter."

Die Mitarbeiter sind mittlerweile polarisiert in solche, die der Führung die Stange halten und solche, die Zustände nicht mehr ertragen.

Nach einem Cassetten-Livemitschnitt geschrieben, für (kleine) Hörfehler übernehme ich keine Garantie.

Modell Integrativer Kindergarten

Frankfurt/Main

Seit einigen Jahren hat auch Frankfurt einen Integrativen Kindergarten. Unterstützt und gefördert wird die Einrichtung von der Reformierten-Französichen-Gemeinde und von Spenden der Gemeindemitglieder.

Öffnungszeiten von 8.00 bis 16.30 Uhr täglich, außer Sa. und So.
Räumlichkeiten: 3 Gruppenräume, 1 Turnraum, 1 Holzwerkstatt, 1 Aufenthaltsraum, der auch gleichzeitig Mal- und Zeichenraum der Kinder ist, 1 Schwimmbad, und einen Garten mit diversen Spielgeräten.
Der Kindergarten beschäftigt 11 Erzieherinnen, 3 ZDL'er, 1 Küchenfrau. Geleitet wird die Einrichtung von einer Sozialpädagogin.

Die behinderten Kinder werden täglich mit Bussen - die die ZDL'er fahren - in den Kindergarten geholt und nachmittags wieder nach Hause gebracht. Der Aufenthalt jedes behinderten Kindes kostet 62,00 DM pro Tag. Dieser Betrag wird zum größten Teil vom Landeswohlfahrtsverband übernommen und z.T. von den Eltern selbst. In diesem hohen Tagessatz sind enthalten: 1x wöchentlich therapeutisches Turnen; die hierfür ausgebildete Kraft kommt ins Haus, 1x wöchentlich Schwimmen; hier ist in der Regel eine Erzieherin zuständig; 1x wöchentlich Sprachtherapie - Logopädin kommt ins Haus sowie Musik- und Rhythmustherapie, die hierfür ausgebildetet Kraft kommt ebenfalls ins Haus, aber nur 1x im Monat.

Auf meine Frage, ob es im Kindergarten auch pflegebedürftige Kinder gäbe, wurde mir geantwortet, daß es für den Kindergarten weder tragbar noch rentabel sei, schwerstbehinderte Kinder aufzunehmen, da diese zuviel Zeit für sich beanspruchen würden. Für ein pflegebedürftiges Kinder würden z.B. zwei Plätze für leichter behinderte Kinder wegfallen.

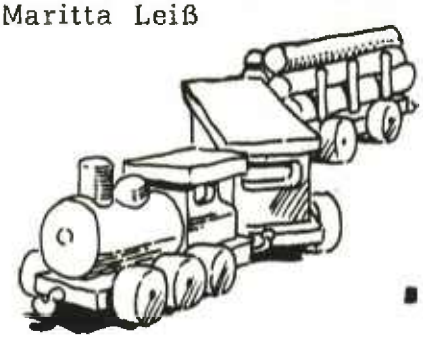
Und nun zu den nichtbehinderten Kindern. Sie werden täglich von ihren Eltern in den Kindergarten gebracht und nicht mit Bussen abgeholt, so wie die behinderten Kinder. Die nichtbehinderten Kinder sind gleichmäßig in Gruppen aufgeteilt. Es gibt insgesamt 3 Gruppen. Das bedeutet, daß in jeder Gruppe ca. 9 nichtbehinderte Kinder und 5 behinderte Kinder sind. Im Kindergarten insgesamt sind 43 Kinder, davon 15 behindert. Alle Aktivitäten werden von den Kindern gemeinsam unternommen, außer der individuellen Sprachtherapie.

Auffällig ist auch bei den Kindern, daß sie meist aus Akademikerfamilien stammen. Dazu wurde mir gesagt, daß der Kindergarten in einem Teil Frankfurts liegt, in dem keine Ausländer wohnen und fast nur Einfamilienhäuser stehen, was ein wesentlicher Grund dafür sein wird. Denn wer gibt sein Kind schon in einen Kindergarten, der meilenweit entfernt liegt.

Ist Integration jedoch nur in einem Akademikerviertel möglich, wo die behinderten Kinder von weither herbeigekarrt werden?

Mit Sicherheit ist es gut für die behinderten Kinder, wenn sie schon frühzeitig gefordert und gefördert werden, aber sie könnten auch genausogut in einem Kindergarten um die Ecke integriert werden. Warum und wofür braucht man da erst solche Modellversuche? - Logopädinnen, Turn- und Musiktherapeuten etc. könnten auch ebenso gut in andere Kindergärten kommen -.....!

Maritta Leiß



Aus dem Tagebuch einer Praktikantin im Altenheim

Die Protokollschreiberin hatte sich übrigens genau dieses Heim gewählt, weil es offiziell hochgelobt wurde, weil es als neu, sauber, ordentlich galt. Kriterien, die äusserlich gesehen auch ihre Berechtigung haben, die aber nichts über die Atmosphäre, über die Art aussagen, wie man mit alten Menschen umgeht. Das Personal in solchen Heimen wechselt oft, die Patienten können sich noch nicht einmal die Namen merken, meist werden die Neuen auch gar nicht mit Namen vorgestellt, denn die Zeit zum Reden fehlt so oder so. Pflege hat etwas mit Fließbandarbeit zu tun und die Beschwerden dringen normalerweise nicht nach aussen.

1. Tag der Praktikantin: Schwester B. nimmt mich mit in den zweiten Stock und sagt: "Fangen Sie doch schon mal mit Duschen hier in diesem Zimmer an." Ich frage: "Wie duschen?", sie sagt: "Na, daß sie halt eine nach der anderen in die Badewanne stellen und abduschen."

Frau A., die als 2. drankommt und die ich jetzt abduschen soll, hat Angst vor dem Wasser. Sie ist über 70 und ganz dünn. Sie friert, sie fängt an zu weinen. Sie hebt die Arme, um sich gegen den Wasserstrahl zu schützen. Ich muß sie weiter abduschen. Schwester B. steht hinter mir und treibt mich an und beschimpft die weinende Patientin. Frau A. kann sich nicht beruhigen. Mehrmals bittet sie, ihr beim Anziehen zu helfen. Ich sage ihr "klar", Schwester B. aber, "kommt nicht in Frage, das kann die alleine". Die Frauen, die ich abduschen muß, sind alle keine Pflegefälle, sie wären in der Lage sich selbst zu waschen, aber →

W. Simon Inh. Kurt de Jong
Orthopädie und Bandagen
Lieferant aller Krankenkassen und Behörden

Offenbach am Main, Kaiserstraße 76,
Telefon 88 53 65

POIRIER-ROLLSTÜHLE in der Grundausstattung vielseitig verwendbar

Modell: ARNAS
Einhand-Antrieb, ideal für Halbseiten-Lähmung

Modell: REGLABE mit „Position"-Garnitur

Weitere Modelle finden Sie in unserem Hauptkatalog

Modell: UNION L 415, leicht und wendig

Prothesen aller Systeme · Gehapparate aller Art
Brustprothesen · Prothesenbadeanzüge
Leibbinden, Bruchbänder, Fußeinlagen, Gummistrümpfe, Bandagen, nach Maß.
Krankenfahrzeuge · Rehabilitationsmittel
Anus Praeter Versorgung

liefert und repariert

da sie das nach Meinung der Schwester nicht ausreichend tun, müssen sie geduscht werden, egal ob sie sich davor fürchten oder nicht. In diesem Zimmer sind die Schränke abgeschlossen. Die Schlüssel besitzen die Schwestern.
Sie bestimmen, wann frische Unterwäsche oder Kleidung aus den Schränken genommen werden darf. Dabei ist die Wäsche der einzige private Besitz, den die Frauen hier im Heim noch haben.

Nach dem Duschen kommt putzen und polieren, besonders die Hähne müssen glänzen, das Innendrin der Toilette wird von Heimbewohnern sauber gehalten. So spart man Putzfrauen und spart man Geld.
Danach Füttern auf der Pflegestation. Frau S. ist wie noch einige andere mit dem Körper an das Bett festgebunden und jeweils an den Seiten des Gitterbettes mit den Händen. Diese Gürtel

oder Manschetten sind magnetisch geschlossen und nur mit einem entsprechenden Schlüssel zu lösen. Frau S. ist ganz dünn und blaß, sie liegt völlig apathisch da. Ich spreche sie an und führe vorsichtig den Löffel an ihren geöffneten Mund. Im selben Zimmer liegt eine Frau, die mich bittet, sie loszubinden. Sie ist an Körper und den Händen ruhiggestellt wie man das hier so nennt. Ich sage ihr, daß ich keinen Schlüssel habe, sie scheint es zu akzeptieren. Später wird sie von einer Kollegin zum Essen losgebunden, sitzt im Bett und kann völlig normal mit Messer und Gabel umgehen, dann stellt man sie wieder ruhig, trotz ihrer lauten Proteste. Eine Kollegin verteilt Medikamente, kommt zu mir und schüttet der Frau, die ich gerade füttere, wortlos den Becher in den Mund, den diese aus einem Reflex heraus öffnet, ich schiebe schnell etwas Brei hinterher, damit der bittere Geschmack vergeht.
Jetzt soll ich die Frau, die zum Essen losgebunden wird, auf die Toilette führen. Sie zieht sich ihre Hausschuhe selbstständig an und benötigt trotz des ständigen Liegens kaum Hilfe, später übersehe ich bewußt, daß sie nicht festgeschnallt ist, doch mein Versehen wird entdeckt und die Frau wieder angekettet. Man erzählt mir, daß sie es immer wieder schafft, sich immer wieder von den Fesseln zu befreien, dann liefe sie besonders des Nachts auf der Station herum. Man erzählt mir auch, daß sie deswegen angeschnallt sei, daß sie mal auf einem Hocker gestanden hätte, um Creme aus einem Schrank im Bad zu holen. Ausserdem habe sie immer Toilettenpapier gehortet. Die Pflegestation und das Gitter sei zu ihrer eigenen Sicherheit. Nach dem Mittagessen soll die Praktikantin einige Frauen baden, weil an diesem Tag der Badetag ist. Sie schreibt die Leute, die ich baden soll, auf einen Zettel; es sind zum Teil dieselben, die ich morgens geduscht habe. Sie bekommen auch wieder frische Unterwäsche. Frau A. hat vor dem Baden noch mehr Angst als vor dem duschen. Als ich ihr die Haare wasche, fängt sie an zu weinen. Die Frauen steigen auf die nassen, kalten Platten und trocknen sich mit Handtüchern ab, die noch feucht sind vom Duschen. Schwester B. erklärt, es gibt nur noch freitags frische Handtücher. Frau A. weint immer noch. Jetzt noch lauter, ihre Kämmchen passen nicht in die kurzgeschnittenen Haare, Schwester B. will sie ihr abnehmen. Frau A. versucht trotzdem, sie in ihr Haar zu stecken. Schwester B. sagt: "Sie sehen ja aus wie ein Clown." und geht. Später erfahre ich, daß die Heimleitung 2 Frauen in diesem Zimmer kurzerhand die Haare geschnitten hat. Schöne lange, hochgesteckte Haare, die freilich viel Arbeit machten. Andererseits waren sie der ganze Stolz der Frauen, die sich weinend und bittend, aber ergebnislos gegen das Haarschneiden wehrten. Noch am nächsten Morgen sollen sie fassungslos getrauert haben. Eine Frau hat viel Schuppen, ich sage: "Sie solle sich doch mal Haarwasser geben lassen." Sie antwortet: "Ich weiß, doch man gibt mir doch nichts."

Es gibt überhaupt keine Extrawünsche, das stört die Routine, den Ablauf.

Fachärzte oder Ärzte der eigenen Wahl kommen so gut wie nie ins Haus, aber alles ist ordentlich. Während ich die →

Betten mache, denke ich daran, was Schwester B. gestern gesagt hat: " Es ist vor allem wichtig, die Laken an der sichtbaren Kante glatt zu ziehen. In der letzten Woche habe der Besitzer einen Kontrollgang durch das Haus gemacht und sehr geschimpft, daß die Laken an der sichtbaren Kante nicht glatt gezogen waren." Ich bemühe mich sehr, denke gleichzeitig, daß es für die Bewohner wichtiger wäre, wenn ich Zeit hätte, mit ihnen zu reden.

Die Neue wird bald gekündigt, wohl weil sie offensichtlich die Partei der Patienten ergreift. Offiziell begründet man die Entlassung natürlich anders. Zum Abschied will sie einer Patientin Blumen schenken. Sie hatte mir mal erzählt, daß sie Pflanzen sehr gern hat. Die Schwestern würden die Pflanzen aber immer wieder ausreissen, weil schon mal Tabletten unter den Blättern versteckt werden. Ich treffe die Besitzerin auf dem Flur. Sie fragt: "Für wen die Blumen seien." "Für Frau S. Ich habe es ihr versprochen." "Ach machen Sie das nicht, sie gießt die Blumen immer so stark, daß es Ränder auf dem Schränkchen gibt." Ich sage: "Aber ich habe es ihr doch versprochen." Scharfe Antwort: "Hören Sie, ich sage doch nein. Die Oberschwester wünscht keine Pflanzen." Ich nehme den Blumenstock wieder mit nach Hause.

Aus: "ausgepackt" Nr. 19/Febr.82 (Informationsblatt für Sozialarbeiter, -pädagogen, Erzieher in Frankfurt/Main und Umgebung. ■

ERKENNE DICH SELBST:

I) Ihr Blutdruck ist...
- a) zu hoch (3)
- b) zu flach (2)
- c) ansichtssache (5)
- d) normal (1)
- e) Ich habe die Frage nicht verstanden (4)

II) Trinken sie...
- a) hastig (3)
- b) heimlich (2)
- c) auf sich (1)
- d) unterm Tisch (4)

III) Spielen Sie...
- a) Golf (1)
- b) Flipper (6)
- c) an den Knöpfen (3=7)
- d) verrückt (5)
- e) um Geld (2)
- f) mit sich selbst (4)
- g) mit den Knöpfen (7=3)

IV) Ihre Zähne sind..
- a) im Abfluß (3)
- b) lückenhaft (2)
- c) nicht der Rede wert (4)
- d) frisch geputzt (1)

V) Welche Kinderkrankheiten hatten Sie...
- a) Masser, Mumps und co. (2)
- b) Ödipuskomplex (1)
- c) Schluckauf (4)
- d) Schluckab (3)

AUFLÖSUNG

bis 10 Punkte:

Sie sollten Ihre persönlichen Angelegenheiten regeln.
Uns wundert, daß Sie den Test bis zum Ende durchgehalten haben.

10 bis 20 Punkten:

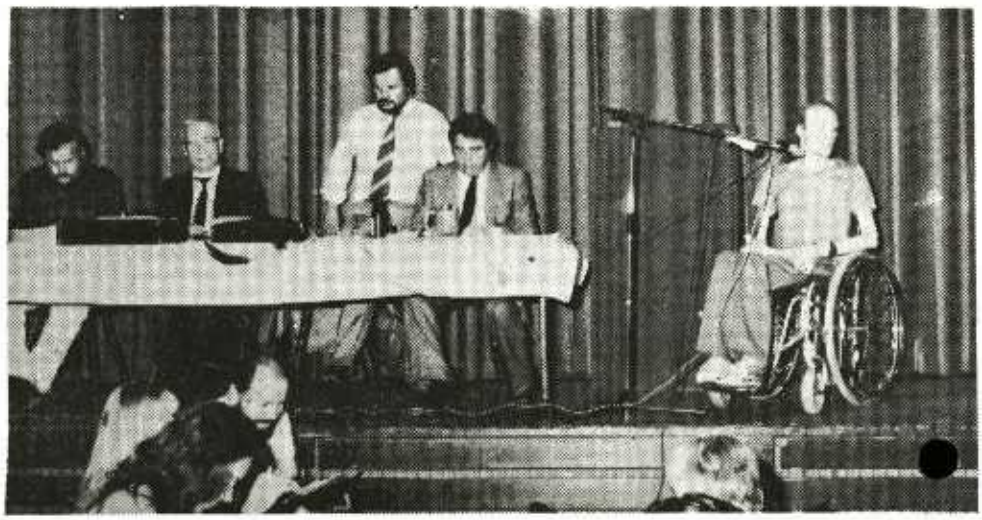
Sie sind krank und nicht gesund. Weiß der Kuckuck, was Sie haben.

Über 20 Punkten:

Lassen Sie sich schleunigst untersuchen oder machen Sie den Test noch einmal.

BEHINDERTE,

AUF ZU BÜRGERVERSAMMLUNGEN !



Auch um die Probleme der Behinderten ging es auf der Bürgerversammlung Schwabing Alte Heide. Das Biergartenwetter war Grund dafür, daß der Schwabinger Bräu halb leer war. Unser Bild zeigt links den stellvertretenden Bezirksausschußvorsitzenden Harald Falk, Bezirksausschußvorsitzenden Walter B. Schulz und rechts den Versammlungsleiter Bürgermeister Dr. Winfrid Zehetmeier.
mw-Foto: NORBERT SCHEBELLE

Wir können erfreulicherweise wieder einmal von Aktivitäten Behinderter bei einer Bürgerversammlung berichten. Ein behinderter Antragsteller forderte Randsteinabsenkungen und Parkplätze für Behinderte und ein anderer behindertengerechte Wohnungen. Den Antrag: "Behindertengerechtes Wohnen an der Berliner Straße" veröffentlichen wir ungekürzt, ausserdem die Berichterstattung der Münchner Presse über die Anträge der Behinderten.

Antrag an die Bürgerversammlung des 22. Stadtbezirkes, 27. Mai 1982, "Behindertengerechte Wohnungen an der Berliner Strasse":

1. 10% der Sozialwohnungen werden behindertengerecht gebaut. Falls Bedarf an freifinanzierten behindertengerechten Wohnungen besteht, wird mit den Bauträgern verhandelt, damit dieser Bedarf gedeckt wird.
Die behindertengerechten Wohnungen werden über die ganze Wohnanlage verteilt, d.h. in jedem Haus der Wohnanlage wird eine bzw. werden einige Wohnungen für Behinderte errichtet. Grundsätzlich abgelehnt werden Häuser für Behinderte!

2. Für Schwerbehinderte ist ein ambulanter Hilfs- und Pflegedienst sicherzustellen. Dafür ist zu prüfen, wie dies am menschlichsten (und kostengünstigsten) erfolgt.

BEGRÜNDUNG:
Für die Berliner Straße sprechen die zentrale, stadtnahe Lage. Dies ist für Schwerbehinderte besonders wichtig, denn wegen der ungeeigneten öffentlichen Verkehrsmittel müssen sie viele ihrer Alltagswege mit einem Taxi zurücklegen. Die ansonsten guten Verkehrsanbindungen der Berliner Strasse hat für Behinderte, die in der Wohnanlage an der Berliner Strasse wohnen werden, wenigstens den Vorteil, daß sie für ihre nichtbehinderten Freunde und Bekannte leicht und schnell erreichbar sind.
Für alle, die die Eingliederung und die Gleichberechtigung der Behinderten wollen, ist das Verhalten des Stadrates in der Frage: "Behindertengerechte Wohnungen an der Berliner Strasse" ein Test dafür, ob der Stadtrat Münchens glaubwürdig für die Eingliederung und die Gleichberechtigung der Behinderten eintritt."

Werner Spring, Barlachstr. 30/V, 8000 München 40
übernommen: Gerald Baumann, Brabanter Str. 7, 8000 München 40

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, 2.6.82:

"Die Bürgerversammlung votierte dafür, von den geplanten Wohnungen an der Berliner Strasse 10% behindertengerecht auszubauen, und zwar gleichmäßig verteilt auf alle Wohnhäuser. Ausserdem müsse ein ambulanter Hilfs- und Pflegedienst für Schwerstbehinderte in der Wohnanlage eingerichtet werden."

MÜNCHNER STADTANZEIGER, 4.6.82:

"Im Rollstuhl trug Michael Simon den An-

→

trag auf behindertengerechte Parkplätze in Schwabing und vor allem beim Schwabinger Krankenhaus vor. Um Behinderte ging es auch im Antrag des Rollstuhlfahrers Werner Spring, den ebenfalls ein Rollstuhlfahrer, Gerald Baumann, übernahm. Er forderte behindertengerechte Wohnungen in der entstehenden Siedlung an der Berliner Strasse. Beide Anträge bekamen keine Gegenstimmen von der Bürgerversammlung."

Behindertengerechte Wohnungen an der Berliner Straße

Wer eine behindertengerechte Wohnung sucht, sollte sich möglichst umgehend beim Wohnungsamt München (Burgstraße 4, München 2) bewerben, rät der „Club Behinderter und ihrer Freunde". In Schwabing Nord, an der Berliner Straße, würden in einer Anlage des sozialen Wohnungsbaus etliche Wohnungen auch behindertengerecht ausgestattet. Baubeginn ist 1983. Bei Bedarf könnte zudem eine Sozialstation mit ambulantem Hilfsdienst eingerichtet werden. Gebaut würden die Wohnungen allerdings nur dann, heißt es in der Verlautbarung des Vereins, „wenn die Behinderten ihre Wünsche beim Wohnungsamt rechtzeitig anmelden". SZ 8.6.82 kf.

SPD-Fraktion fordert: SZ, 11.3.82

Behinderten-Wohnungen an die Berliner Straße

Rollstuhlgerechte Wohnungen, Räumlichkeiten für gemeinschaftliche Wohnformen sowie den Anschluß an ambulante Pflegedienste fordert jetzt die SPD-Fraktion für die künftige Wohnanlage an der Berliner Straße. Das Gelände im nördlichen Schwabing soll von Anfang 1983 an bebaut werden und rund 1500 Wohneinheiten erhalten.

Ausgehend von der Tatsache, daß immer mehr Behinderte selbständig wohnen wollen, fordern die SPD-Stadträtinnen Inge Deckert, Edith von Welser, Ingeborg Keyser und Marie-Anne Clauss im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus behindertengerechte Wohnungen. Zu diesem Zweck soll mit den Bauträgern auch über freifinanzierte Behindertenwohnungen verhandelt werden.

Bei den für Wohngemeinschaften vorgesehenen Räumlichkeiten gehen die Antragsteller von einer Größenordnung zwischen sechs und acht Personen je Wohnung aus. Außerdem sei zu überprüfen, auf welche Weise zum Beispiel eine neue Sozialstation oder ein ambulanter Hilfsdienst, der einer bereits bestehenden Einrichtung angeschlossen werden könnte, die pflegerische Versorgung in der neuen Wohnanlage sicherstellen könnte.

Nach den Vorstellungen der Stadträtinnen sollte der geplante zusätzliche Eingang zum U-Bahnhof Nordfriedhof rollstuhlgerecht gestaltet werden.

Darüber hinaus wird das Sozialreferat aufgefordert, bei der Beantwortung des Antrages eine Kostenübersicht vorzulegen, die einerseits die anfallenden Finanzmittel für die Heimunterbringung eines Schwerbehinderten und andererseits den Kostenaufwand für die dargestellte „dezentrale Unterbringung" und ambulante pflegerische Versorgung beinhaltet. Der Bedarf sollte grundsätzlich unter der Voraussetzung ermittelt werden, daß ein Pflegedienst angeboten werde. def

HAUSVERWALTUNG

– oder WOHNEN MIT HINDERNISSEN – OBSTRUKTION ANSTATT INTEGRATION

Wenn einer eine Wohnung hat, in einer "normalen" Wohnanlage, da kann er was erleben. Ich erlebte folgendes: Zur Klärung einiger sachlicher Punkte (Verteilung d. Tiefgaragenplätze, Befahren der Gehwege, abschließbarer Pfosten in der Zufahrt zur Haustüre) schrieb ich meiner Hausverwaltung einen Brief, emotionslos und fein säuberlich nach a) bis c) gegliedert.

Die Antwort meiner Hausverwaltung setzte mich dann allerdings in Erstaunen.

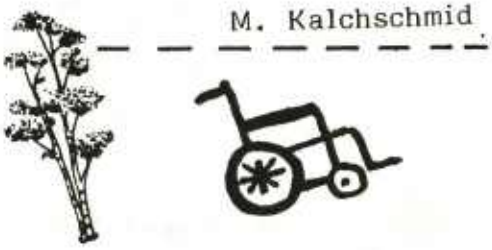
Ich zitiere aus dem Antwortschreiben der GWG (Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft) v. 07.05.1982.

Wir dürfen an dieser Stelle ganz besonders herausstellen, daß wir zwar Ihre Schwerstbehinderung sehr bedauern, dies jedoch für uns kein Kriterium bei der Verwaltung von Eigentumswohnungen sein kann. Beachten Sie bitte, daß wir in diesem Fall fremdes Eigentum verwalten und nur auftrags- und weisungsgemäß handeln können. Falls Sie also Sonderwünsche irgendwelcher Art haben, steht Ihnen das Instrument der Wohnungseigentümerversammlung und eine entsprechende Beschlußfassung zur Verfügung. Der Verwalter

von Eigentumswohnungen handelt nicht nach eigenem Gutdünken, sondern vollzieht, wie es das Eigentumsgesetz vorsieht, Mehrheitsbeschlüsse der Eigentümer.
Zitat Ende.

Sehr geehrte Herren!
Ihre oben zitierte Antwort auf mein Schreiben hat mich verwundert und außerdem sehr unangenehm berührt. Ich hatte Sie weder um Ihr Bedauern meiner Schwerstbehinderung noch um eine Auslegung des Wohnungseigentumsgesetzes gebeten, Sondern um ganz konkrete Dinge,zum Beispiel mir möglichst umgehend mitzuteilen, wenn und ob überhaupt ich mit der Zuteilung eines Garagenplatzes rechnen kann (um meinen jetzigen Garagenplatz rechtzeitig zu kündigen!) und um einen Schlüssel zum Aufsperren des Pfostens, der die Zufahrt zu meiner Hautüre versperrt. Das sind doch alles Dinge, die durchaus in Ihrer Kompetenz liegen und für die Sie bestimmt nicht erst Mehrheitsbeschlüsse der Eigentümer-Versammlung einholen müssen. Einmal abgesehen davon, daß Sie auch mein Eigentum verwalten und ich somit auch Ihr Auftraggeber bin, finde ich es beschämend, daß Sie sich da, wo ein wenig Menschlichkeit von Ihnen gefordert wird, hinter dem Wohnungs-Eigentumsgesetz verschanzen. Für wen verwalten Sie denn Eigentumswohnungen? Doch wohl für Menschen, die sie bewohnen, so daß die Bedürfnisse und das Wohl dieser Menschen Kriterien für Ihre Verwaltungsarbeit sein müßten. Das Gesetz mit seinen Paragraphen bildet nur den Rahmen für Ihre Tätigkeit und kann nicht Menschlichkeit, Rücksichtnahme und Hilfsbereitschaft ersetzen. - Was meine "Sonderwünsche" anbelangt, so habe ich keine, vielmehr sehe ich es als mein Recht an, in meinem Eigentum als Behinderte so zu leben, daß ich freien und ungehinderten Zugang zu meiner Wohnung (freie Zufahrt zur Haustüre sowie eine Auffahrtsrampe für meinen Rollstuhl) und alle erforderlichen Erleichterungen habe, die mir meine von Ihnen so bedauerte Schwerstbehinderung erträglicher machen können. Das wird weder Sie noch den Geldbeutel der Eigentümer-Gemeinschaft besonders belasten. Wo es möglich ist, werde ich selbstverständlich das Instrument der Eigentümerversammlung benutzen, um meine Rechte wahrzunehmen, wobei ich jedoch hoffe, daß sich ein Teil der anfallenden Probleme nach dem Motto der letzten Ausgabe der GWG-Zeitung "wir alle sind die große GWG-Familie" mit etwas gutem Willen auch ohne den Riesenaufwand der 1x jährlichen stattfindenden Versammlung lösen läßt. ■

M. Kalchschmid



Neue Merkblätter für Rolltuhlfahrer

Neben dem Konzert- und Theater-Merkblatt, die der "Club Behinderter und ihre Freunde" (CeBeeF) jetzt in überarbeiteter Neuauflage herausbrachte, sind zwei neue Merkblätter erschienen: das Museums-Merkblatt und das Theater-Merkblatt II, in dem 24 kleine und meist private Theater aufgeführt sind, die Plätze für Rollstuhlfahrer anbieten. Karten können telephonisch vorbestellt und an der Abendkasse abgeholt werden. Die Preise für Behinderte und ihre Begleitung sind fast überalle ermäßigt und liegen zwischen 4 und 14 Mark. In der Kleinen Komödie im Bayerischen Hof, in der Kleine Komödie am Max-II-Denkmal, im Theater an der Briennerstraße und im Theater der Jugend zahlen Rollstuhlfahrer keinen Eintritt, Begleitpersonen jedoch den vollen Preis. Ein behindertengerechte Toilette befindet sich nur im Theater der Jugend.

Mit behindertengerechten Toiletten ist es auch in den Museen schlecht bestellt. Von 12 Einrichtungen, die überprüft und für Rollstuhlfahrer und Gehbehinderte problemlos zugänglich sind, haben nur die Neue Pinakothek und das Stadtmuseum entsprechende Toiletten. Der Verein gibt außerdem bekannt, der Herkulessal, das Residenztheater, die Kammerspiele und das Theater am Gärtnerplatz seien nun auch stufenlos erreichbar und alle vier mit behindertengerechten Toiletten ausgestattet.

In Vorbereitung sind, nach gleichem Muster wie die anderen Merkblätter, eine Kino-Merkblatt und Merkblatt für Musikwirtschaften und ähnliches. Sämtliche Informationen: über das CeBeeF-Büro, Knorrstr. 25, München 40, Tel. 358808, oder bei Brigitte Klawitter, Waskestr. 3, München 19, Tel. 133724.

Süddeutsche Zeitung, 08.06.82 ■

Wunscheltern

Es geht um die Würdigung der Leistung der Eltern behinderter Kinder, die dazu beitragen, daß ihre Kinder ein selbstbestimmtes Leben als vollwertig anerkannte Menschen führen können. Diese erzieherische Leistung muß wegen der Reaktion der nichtbehinderten Umwelt auf Behinderte, als Meisterleistung bewertet werden.

Ich wünsche mir die Eltern behinderter Kinder als mutige und ausdauernde Kämpfer für die Eingliederung und Gleichberechtigung ihrer Kinder. Die Eltern behinderter Kinder müssen etwas sehr Schwieriges schaffen: ein gefühlsmäßig und sachlich positives Verhältnis zur Behinderung ihrer Kinder. Ich wurde als 17jähriger plötzlich zum Rollstuhlfahrer und kann deshalb aus eigener Erfahrung beurteilen, wie schwierig es ist, ein positives Verhältnis zur Behinderung zu erreichen.

Damit behinderte Kinder ihr späteres Leben als sich vollwertig fühlende Menschen, selbstbestimmend gestalten können, ist ein frühzeitiger Kontakt zu nichtbehinderten Kindern notwendig und wichtig. Dieser Kontakt muß spätestens im Kindergarten beginnen. Als ich folgenden Leserbrief der Mutter eines behinderten Kindes las, wußte ich: hier ist die Mutter eines behinderten Kindes wie sie sein soll und wie man sie sich wünscht.

Leserbrief in Muskelreport 1/82 von Frau Renate Kablitz, 2801 Oyten

Kindergarten für Behinderte?

Wir haben einen 4 Jahre alten muskelkranken Sohn. Unser Malte kann nicht laufen und braucht beim Spiel oft Hilfe. Außerdem sollte er auch mindestens 2mal täglich gymnastische Übungen machen. Vor 1 Jahr nun begannen wir für Malte eine Kindergartengruppe zu suchen. Ein Körperbehindertenkindergarten, den wir uns anschauten, war mehr als eine halbe Autostunde von uns entfernt. Diese Einrichtung sagte uns nicht zu. Dort wurde von guten, schlechten und Grenzfallkindern gesprochen und wir hatten das untrügliche Gefühl, daß dort vor Besuchern krampfhaft mit den Kindern gearbeitet wurde. Eine Unterbringung nur bis zum Mittag wurde abgelehnt. In einer Einrichtung der Spastikerhilfe Bremen gefiel es uns dagegen besser. Die Betreuer wirkten lieb und fürsorglich auf uns. Es war eigentlich schön dort. Die Kindergartengruppe bestand jedoch ausschließlich aus geistig geschädigten Kindern. Der Leiter der Einrichtung riet uns, Malte nicht in diese Gruppe zu geben. Wir sollten warten, er würde mit Mitarbeitern an einer Integrationsgruppe arbeiten, das wäre für unseren Kleinen besser.

Damit Malte zunächst mehr Kontakt zu Kindern bekommt, ging ich 2mal in der Woche mit ihm in den Kinderspielkreis. Ich blieb dann mit in der Gruppe, denn es waren nur 2 Betreuer für 20 Kinder vorgesehen.

Vor ca. 7 Monaten nahmen wir erneut Kontakt zum örtlichen Kindergarten auf, um dort die Möglichkeit der Unterbringung von Malte zu erreichen. Voraussetzung hierfür ist jedoch, daß noch eine weitere Kraft für die dann entstehende gemischte Gruppe eingestellt werden müßte.

Wir dachten uns, daß ja noch weitere Kinder mit Behinderungen in diese Gruppe integriert werden könnten. Eine feste Planstelle für diese Kraft ist jedoch abgelehnt worden. Grund: „Solange gut ausgerüstete, teure Behinderteneinrichtungen bestehen, können wir keine weiteren Kosten übernehmen."

Wir haben jetzt einen Kompromiß geschlossen. Malte geht an 2 Tagen in der Woche mit seiner nichtbehinderten Freundin, 4 Jahre, in die Einrichtung der Spastikerhilfe und an 2 Tagen vormittags besuchen wir auch weiterhin den Kinderspielkreis, damit er den Anschluß an die dörfliche Gemeinschaft nicht verliert. Nun frage ich Sie: Warum muß ein behindertes Kind den ganzen Tag in den Behindertengarten, es verliert doch jeden Kontakt zur Umwelt daheim. Warum bezahlt man teure, spezielle Einrichtungen für Behinderte und isoliert sie dadurch von der Umwelt? Warum wird einem das Recht auf Normalität in unserer Gesellschaft so abgesprochen? Ist das Integration? Wer ist oder war in gleicher Situation wie wir? Wir hätten gern Kontakt und Informationen.

Renate Kablitz, 2801 Oyten

Zur Ergänzung des Leserbriefes:

Ab Sommer 1982 WIRD Malte Kablitz in einem Kindergarten mit behinderten und nichtbehinderten Kindern sein und dort auch die für ihn notwendige Therapie erhalten.

→

Anzeige:

Ärger mit Ämtern?

Haben Sie Schwierigkeiten mit Behörden? Ich stehe Ihnen unbürokratisch mit Rat und Tat zur Verfügung:

Im Bürgerbüro für den Landkreis München
Isartorplatz 8, 8000 München 2
Telefon 22 02 33 (Sprechstunden jeden Montag ab 10 Uhr).

Dr. Peter Paul Gantzer, SPD
Mitglied des Landtags, Petitionsausschuß

Frau Kablitz schrieb mir, nach der Entscheidung der Stadt Bremen für einen Integrationskindergarten fühle sie sich sehr viel besser.

Das ist mehr als verständlich, denn ein langer anstrengender und kräftezehrender Kampf für eine echte Eingliederung ihres Sohnes hat sich endlich gelohnt.

Nicht aufgeben, die Behinderung akzeptieren, Therapie machen, das Kind lieben, die Umwelt verstehen und auch sich selbst zu verstehen und an sich zu arbeiten und für das Recht auf Normalität kämpfen.

Dieser Satz beschreibt die große persönliche Leistung, die Eltern behinderter Kinder erbringen müssen, wenn sie sich erfolgreich für die Eingliederung und die Gleichberechtigung oder die Normalität ihrer Kinder einsetzen wollen.

Zum Schluß will ich noch besonders auf die Bedeutung des Kontaktes und der Solidarität von erwachsenen Behinderten mit den Eltern behinderter Kinder hinweisen.

Jeder Behinderte der, als sich vollwertig fühlender Mensch, sein Leben selbstbestimmend gestaltet, weiß: der Grundstein für seine Fähigkeiten wurde in der Erziehung gelegt.

Werner Spring

REGIONALTEIL KÖLN

Kölner Selbsthilfe

AK 'Behinderte in unserer Gesellschaft', VHS Köln

dienstags
18.30 - 20.00
Probleme der Behinderten

Kontaktadresse:
C. Jochmann-Schick
Wiesenpfad 47
5201 Lohmar 1.
Tel. 02246/6805

Nachbarschaftshaus Teestube

Teestube
Tiefenthalstr. 14, 5 Köln 80
Tel. 0221/6202210

Sprechbehinderten - Selbsthilfe Köln e.V.

Jeden Dienstag von 19.30 - 21.30 Uhr findet in der Altentagesstätte des Quäker-Nachbarschaftsheimes (3. Eingang) Kreuzerstr., 5 Köln 1, unser GRUPPENABEND statt

Kontaktadresse:
Bernd Lange
Roggendorfstr. 55, 5 Köln 80
Tel. 0221/666078

Club 68 Köln e.V.

Kontaktadresse:
Club 68 Köln e. V.
Hohenstaufenring 48 - 54
5000 Köln 1
Tel. 0221/218990

Krüppelgruppe

TREFFEN: meistens mittwochs
um 19.00 Uhr
Ort ist verschieden

Nur für Krüppel!
Tel. 0221/711225 o. 375384

Straßencafe. Berliner Str.

Kontaktadresse:
Straßencafe (ehem. Tankstelle)
Berlinder Str. 77, 5 Köln 80
Tel. 0221/6202210 (Teestube)

Ce Be eF Club Behinderter und ihrer Freunde

Kontaktadresse:
Ce Be eF Köln e. V.
Pohlmanstr. 13, 5000 Köln 60
Tel. 0221/746694

Universität Bremen
Studiengang Behindertenpädagogik
c/o Hanspeter Berner
Feldehören 51
2800 Bremen

An Rehabilitationsverlag GmbH
5300 Bonn-Bad Godesberg

Betr.: Ihr Buch "Ratgeber für Eltern und Erzieher behinderter Kinder", Bonn 1977, Hrsg. Rehabilitationsverlag, Autorin: Germana Edl

Bremen, 14.02.1981

Sehr geehrte Damen und Herren,

Im Rahmen der Lehrveranstaltung "Probleme der Eltern behinderter Kinder" haben wir uns u.a. mit Ihrem o.a. Buch befasst. Nach intensiver Lektüre haben wir beschlossen, Sie über das Ergebnis dieser Untersuchung zu unterrichten.

Wir haben festgestellt, daß der "Ratgeber" nicht geeignet ist, Eltern behinderter Kinder Informationen zu geben, die ihnen und ihren Kindern wirklich helfen. Das wenigste wäre doch, die Adressen der Behindertenorganisationen, der Lebenshilfegruppen etc. anzugeben. Auf das Thema "Frühförderung" wird nicht eingegangen, die Pflichtuntersuchungen werden nicht erwähnt, die Möglichkeiten zur Kur, die rechtliche Situation (Pflegegeld, Schulpflichtverlängerung etc.), um nur ein paar Beispiele zu nennen.

Der Ratgeber ist eher ein Roman, in dem die Autorin ihre eigenen, subjektiven, teile herzerschütternden Erlebnisse wiedergibt.

Die Mängel sind zwar erheblich; wesentlich gravierender ist jedoch die mögliche Wirkung eines solchen Buches auf Eltern. Wir glauben, daß das Buch hier großen Schaden anrichtet, daß es entmutigt, statt Mut zu machen und daß es in keiner Weise geeignet ist, Eltern eine Hilfe zu leisten, um ein positives Verhältnis zum behinderten Kind zu gewinnen.

Zum laufenden "Jahr der Behinderten" könnten Sie einen guten Beitrag leisten, indem Sie dieses Buch, das in massiver Weise Vorurteile gegen Behinderte schafft, sofort aus dem Verkehr ziehen.

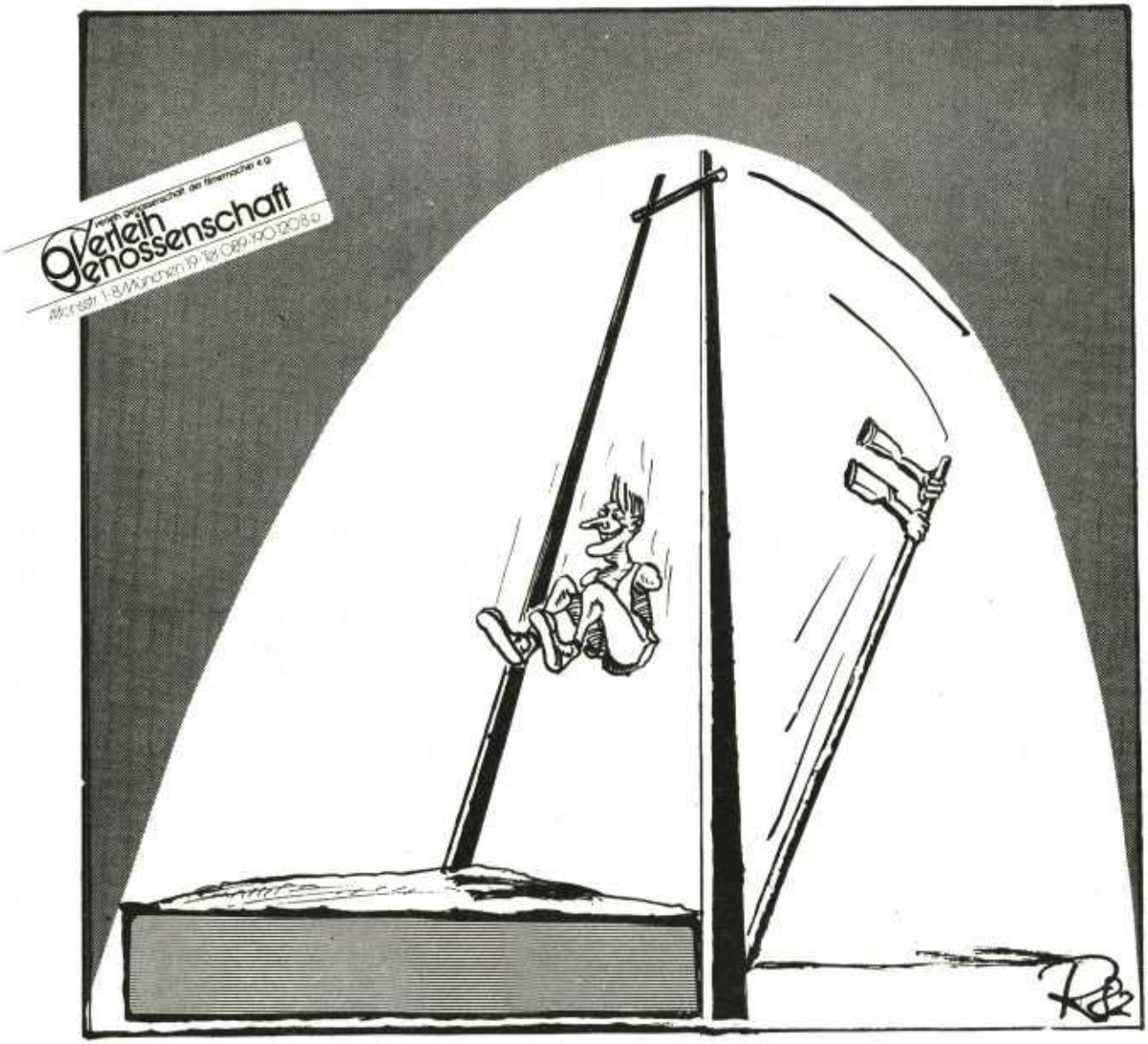
Diese Forderung begründen wir wie folgt:

Im "Ratgeber" ist eine unübersehbare Anzahl von Vorurteilen zu finden. Unerfahrene Eltern können zu dem Schluß kommen, daß diese Zuschreibungen stimmen, die Folge: Entmutigung. Den Kindern wird nichts zugetraut, oftmals werden sie überversorgt und bevormundet. Dieses Problem ist uns auch aus der Praxis der Sonderschulen bekannt.

So wird behauptet: "Spastiker zeigen in besonderer Weise eine neurotische Reaktionsbereitschaft" (S.41) "Epileptiker haben kein Gefühl für Abstand, küssen jeden, schmeicheln mit jedem und spüren nicht, ob die Mitmenschen das wollen" (S.42). Geistigbehinderte können nicht logisch denken (S.80), neigen zu Kurzschlußhandlungen (S.80), erkennen keine Gefahren (S.80), können keine richtigen Sätze bilden (S.150), können keine Gestalten erfas-

MEDIZINISCHES FACHHAUS
VON SCHLIEBEN
Ihr Partner für die Gesundheit
Lieferant aller Kassen — Orthopädische Werkstätte — Lieferservice — Reparatur-Service
Neueröffnung!
Schräg gegenüber Kaufhof am Stachus
• Sonnenstraße 7 •
• 8000 München 2 • Telefon 089/59 16 49
Arztbedarf — Praxisausrüstung — Rehabilitationsmittel — Rollstühle — Krankenpflegeartikel — Krankenbetten — Blutdruckmeßgeräte — Brustprothesen
Wir beteiligen uns an den Parkgebühren

lieber arm dran



als arm ab

ein Film von Wolfram Deutschmann · Produktion dffb

verleih genossenschaft der filmmacher e.g.
Verleih Genossenschaft

sen (S.155), sind unruhig (S.61), imbezill (S.170), haben keine Lebenserfahrung(!) (S.173), sind hilflos (S.-181), kritiklos (S.176) und ungeschickt (S.131, 137, 160, 161 u.a.). Körperbehinderte sind ungeschickt (S.86), alle ihre Bewegungen laufen langsam ab (S.82) und im übrigen gelten lt. Verfasserin einige der o.a. Vorurteile für alle Behinderten, also auch für Körperbehinderte.

Selbst mit der Musikalität der Behinderten läßt sich laut "Ratgeber" nichts anfangen (S.165). Sie werden nicht erzogen, sondern ihnen muß etwas "andressiert" werden (S.173) u.a.). Der behinderte Mensch scheint außer seiner Behinderung keine Eigenschaften zu haben, wenn von den o.a. Zuschreibungen mal abgesehen wird. Eine erschreckende Fixierung der Autorin auf die Behinderung der Kinder sehen sie beispielsweise auf den Seiten 134, 179, 184, 185.

Dann werden Beispiele von Lebensgeschichten Behinderter angeführt, die den Lesern einen kalten Schauer über den Rücken jagen.

So z.B. S. 127,S.176 u.a. Besonders schlimm ist, daß im "Fall Gustl" (S.127 ff) Behinderung mit Verbrechertum in eine Reihe gestellt wird und beides auch noch als vererbt bezeichnet wird. Können solche Schauergeschichten etwa Eltern bei der Erziehung behinderter Kinder helfen?

Merkwürdigerweise wird auf die späteren Berufsaussichten nicht oder nur in beschönigender Weise eingegangen, z.B. wenn auf S. 169 behauptet wird, daß "der Wille von Arbeitgebern, mit Behinderten zu arbeiten, sehr gut sei. Leider entspricht das genaue Gegenteil der Realität.

Es darf auch als wiederlegt gelten, es gebe im schulischen Sinne bildungsunfähige Kinder, wie ausgerechnet im Kapitel "hier ist die ewige Liebe daheim" behauptet wird.

Es darf auch bezweifelt werden, daß von Nichtbehinderten kein Verständnis verlangt" werden kann. Daß das Sammeln von Bergkristallen ernsthaft empfohlen wird, um das Leben trotz des "schweren Schicksals" (wie immer betont wird) angenehm zu machen, klingt wie eine Verhöhnung der Eltern, die doch wohl andere Sorgen haben. Die Autorin scheint das aber ernst zu meinen, denn sie geht seitenlang darauf ein.

Ermutigt es Eltern, wenn von dem 12jährigen Mozart geschwärmt wird, der schon als Kind so schöne Messen komponiert hat (S.30)? Wenn als Beispiel für Charakterbildung lobend erwähnt wird, daß ein Kind einen ganzen Sommer aufs Eisessen verzichtet hat, um der Mutter ein hölzernes Kruzifix zu kaufen (S.34)?

Oder wenn völlig aussichtlose Familienprobleme breitgetreten werden, wie auf S.110 ff.? Solche Gesichten sind abschreckend und rufen nur Resignation hervor.

Die Erziehungstips des "Ratgebers" sind mehr als zweifelhaft. So wird (nicht nur) auf S.108 der systematische Liebesentzug als Strafe propagiert, ohne auf die Konsequenz eines solchen Erzieherverhaltens einzugehen. Die Aussage "den einzig richtigen Weg kann nur die Liebe finden" ist nicht nur banal, sondern gerade wie hier auf S.122 im Zusammenhang mit autistischen Kindern sogar falsch.

Die von den Behinderten selbst geforderte Integration wird im "Ratgeber" als schädlich dargestellt. Auf S.48/49 spricht sich die Autorin sehr entschieden sogar gegen die Integration Beninderter in reguläre Kindergärten aus, die schulische Eingliederung von Körperbehinderten wird als schädlich dargestellt (S.116) und die Integration Geistigbehinderter in die Schule sogar als "grober Unfug" (S.117) bezeichnet, alle positiven Erfahrungen aus Dänemark, Italien, Schweden und den USA nicht zur Kenntnis nehmend. Gerade die möglichst frühzeitige Integration ist es doch, die behinderten Kindern neue Chancen eröffnet, oder umgekehrt: der Ausschluß ist in hohem Maße verantwortlich für die schwierige Situation der meisten Behinderten.

Das waren nur einige Beispiele, die Ihnen demonstrieren sollen, wie verheerend die Wirkung Ihres "Ratgebers" sein kann. Deshalb ziehen Sie ihn bitte aus dem Verkehr, um nicht noch mehr Schaden anzurichten.

■

gez. Hanspeter Berner

4 Plakate von Klaus Staeck

Sonderpreis DM 10,00 incl. Versand

Das saubere Deutschland, mehrf. DIN A 1

Startbahn West, mehrf. DIN A 1

Soldaten aller Länder, mehrf. DIN A 1

Thema: Sicherheit, schwarz/rot DIN A 1

So wird bestellt: Bestellung auf Briefbogen schreiben, Stichwort Posterpaket , Betrag (DM 10,00 für 4er-Plakatpaket incl. Versand) als Scheck, in bar (10,00-DM-Schein) oder in Briefmarken beifügen (Absender nicht vergessen!) und senden an:

Edition Staeck · c/o Steidl Verlag · Düstere Straße 4 · 3400 Göttingen

DER STEMPN

Ein "Stempn" ist ein Metallpfosten und dient der Verwaltung betonierter Fahrwege, die zu deiner Haustür führen. Sein Erfinder - ein gewisser Herr Stempn - sitzt im Ministerium für Verwaltung betonierter Fahrwege.
Stell dir einen schönen, breiten, betonierten und asphaltierten Weg vor, der durch eine Wohnanlage bis unmittelbar vor die Haustür führt, so daß ein Auto bequem darauf fahren kann und mitten auf diesem herrlichen Weg, an der Stelle, wo man ihn vor der Straße her über den vorsorglich abgesenkten Gehsteig befahren möchte, steht besagter Metallpfosten (oder einfach Stempn) und versperrt dir die Zufahrt. Du stehst vor der Entscheidung "Gehorsam oder Rebellion?" Umkehren oder raus mit dem Ding?
Ein Stempn ist sozusagen die Zollschranke des kleinen Mannes, nur viel einfacher oder komplizierter als diese, je nachdem. Es gibt nämlich zweierlei Stempn: Solche, die du ganz einfach aus ihrer Verankerung aus dem Boden herausheben kannst und schwupp, dein Weg durch die Wohnanlage zu deiner Haustüre ist frei. Der Fahrer des Behindertenspezialfahrzeuges atmet auf, er braucht dich nur noch über die Eingangsstufen zu hieven, fertig. - Die zweite Sorte Stempn gehört zu der standhaften Art. Du magst daran reißen, soviel du willst. Er rührt sich nicht vom Fleck. Nanu, sollte der etwa Wurzeln geschlagen haben? Eines Tages gar blühen und Früchte tragen? Ach nein, er wird nur vom Hausmeister mittels Schlüssel verwaltet, der das Herausnehmen unmöglich macht.

Ein solcher Stempn ist diese Woche auch in unserer Wohnanlage gewachsen. Über ihm schwebt unsichtbar das Motto "Deutsche, schont eure betonierten Zufahrtswege", denen tut es gar nicht gut, wenn dauernd Autos drüberfahren! Was macht's da schon, wenn ein Behinderter mit dem Rollstuhl um die ganze Wohnanlage karrt, um zu seiner Haustür zu gelangen und er dabei ein bißchen naß wird oder wenn ihn der eiskalte Wind anpustet: Hauptsache unseren Wegen geschieht nichts (Behinderte sind zäh).

M. Kalchschmid

Faltfahrstühle

Elektro-Fahrstühle

Dusch- und Toilettenstühle

Gehhilfen
Gehgestelle
Mittel zur Selbsthilfe für den Versehrten

K. Strohn
Sanitätshaus
Orthopädie - Bandagen

5000 Köln 91 (Kalk)
Taunusstraße 2
Fernruf (02 21) 83 12 59

5653 Leichlingen
Ermlandweg 27
Fernruf (0 21 75) 26 05

KLEINANZEIGEN

Redaktion
Die LUFTPUMPE
Pohlmannstr. 13
5000 Köln 60

Wir packen an
SSK
UMZÜGE
Transporte m. Montage, + Versicherung
Nahverkehr u. westl. Ausland
0221 556189

MARBUCH 2 - Stadtbuch für Marburg erschienen!
* Kritische Stadtgeschichte, über 200 Initiativen stellen sich vor, Kultur, Frauenbewegung, Rad- und Wanderwege, Kneipenführer ....uvam.
* massenhaft Fotos - Stadtplan - 610 Seiten - Preis = 15,00 DM+Porto und Verpackung = 2,00 DM, Marbuch-Verlag, c/o Marburger Zeitung, Am Erlengraben 12a, 3550 Marburg, Tel. 06421 - 13 60 6

Ich schreibe an einer Dissertation über die Situation "Behinderter in der evangelischen Gemeinde". Wer kann mir Erfahrungsberichte senden?
Hans Herbst, Hahnbergstr. 12, 3550 Marburg 7

SYMPOSIUM "SPIEL-BEWEGUNG-UMWELT-PERSPEKTIVEN ALTERNATIVER SPORTKULTUR"

Am 19. und 20.11.1982 findet in der Uni Oldenburg ein Symposium zum o. g. Thema statt.
Neben der Darstellung und Reflexion der Ansätze alternativer Sportkultur der Uni Oldenburg (Hochschulsport und Projekt Spiel-Bewegung-Umwelt) ist beabsichtigt, daß sich vor allem die unterschiedlichsten Gruppen, die alternative Sportkultur praktizieren, darstellen. Die Theorie- und Praxisdiskussionen sollen eingebettet sein in die konkrete Durchführung von alternativer Sportkultur, d. h. zwischendurch Musik, Tanz, Bewegung, Spiel, Vorführungen; abgerundet mit einem grossen Fest am Samstagabend.
Alle Gruppen, die weitestgehend alternative Sportkultur betreiben und Lust haben, ihre Ansätze vorzustellen und darüber zu diskutieren,
können sich wenden an:
Projekt Spiel-Bewegung-Umwelt, Uni Oldenburg, Ammerländer Heerstr., 2900 Oldenburg

Wir sind ein selbstorganisiertes Projekt 10 km von Gorleben entfernt. Unsere Begegnungsstätte besteht aus:
a) einem Belegungsteil mit grossem Gruppenraum und einer Selbstversorgungsküche für max. 20 Leute.
b) improvisierten Übernachtungsmöglichkeiten
c) einem Grundstück mit Zeltmöglichkeit
d) Sanitäranlagen (Dusche)
e) einer Gaststätte mit Saal und Veranstaltungen.
Die Begegnungsstätte liegt in einem ruhigen Dorf mit 200 Einwohnern. Rund ums Dorf sind grosse Waldbestände. Hinter dem Deich fängt ein Vogelparadies an, das unbeschreiblich ist. Ergo, hier gibt's auch viel Ruhe und pure Natur. Der Dorfsportplatz ist 100 m vom Hause entfernt. Interessenten wenden sich an:
Begegnungssätte Nienwalde e.V., Dorfstr. 19, 3136 Gartow OT Nienwalde. Tel.: 05846 - 12 72

Auf Anregung einer FDP-Ratsfrau haben wir in unserer Gemeinde eine "Kontaktgruppe für Behinderte" gegründet. Sie wird von der Gem.-verwaltung finanziell und organisatorisch unterstützt, und spricht Behinderte und Nichtbehinderte an.
Unsere Gemeinde hat etwa 5.000 Einwohner. Als Behinderte gelten 130 Personen jeden Alters, dazu werden auch starke Geh- und Hörbehinderungen von alten Leuten gerechnet. Etwa 15 behinderte Jugendliche fahren täglich in die Beschützenden Werkstätten in der Nachbargemeinde. Der Kreis ist also sehr gemischt.
Zwei Veranstaltungen zum Kennenlernen haben schon stattgefunden. Jetzt suchen wir noch Hilfe von erfahrenen Leuten. Wer Hilfe/Tips/Ratschläge und Erfahrungen weitergeben kann, wende sich an:
Julia Kloess, Kirchweg 4, 2879 Brettorf

Elektr. Rollstuhl: Typ = Meyra 420, komplett, fahrbereit, Preis = 2.800,00 DM, Tel. 02233 - 34 84 5

INFO

Regelmäßig sparen lohnt auch in Zukunft

Prämiensparen

14% Prämie am Ende der Laufzeit auf das eingezahlte Sparkapital.

- Laufzeit 7 Jahre (davon 6 Jahre Ansparzeit)
- Attraktive Zinsen
- Keine Einkommensgrenze
- Kein Prämienantrag
- Vertragsabschluß zu jeder Zeit

Nutzen Sie die günstige neue Sparform zur Kapitalbildung!

STADTSPARKASSE KÖLN

Mehr als eine Bankverbindung

Redaktion
Die LUFTPUMPE
Pohlmannstr. 13
5000 Köln 60

BAG HILFE FÜR BEHINDERTE e.V., DÜSSELDORF

Betr.: Veröffentlichung einer Anfrage in der LUFTPUMPE Nr. 5(Mai)82, Seite 24 -

Liebe Leute,
zu Eurer Information übersenden wir Euch die Beantwortung der Anfrage von Manfred Beck, die Ihr in der LUFTPUMPE Mai 82 veröffentlicht habt. Sollten bei Euch weitere Anfragen in dieser Richtung auftauchen, so sind wir gerne bereit, den Leuten entsprechende Tips zu geben. Eine Kopie der Anfrage an uns genügt.

ABSCHRIFT DES ANTWORTBRIEFES:
Sehr geehrter Herr Beck,
grundsätzlich kann man Sie nicht gegen Ihren Willen zwingen, in ein Pflegeheim zu gehen. Allerdings könnte indirekt auf Sie ein Druck ausgeübt werden. Das könnte sein, wenn Ihre Unterkunft und Pflege in der Wohngemeinschaft aus Mitteln der Sozialhilfe finanziert wird.
Die Sozialhilfe soll Wünschen des Sozialhilfeempfängers, die sich auf die Gestaltung der Hilfe richten, entsprechen, allerdings mit der Einschränkung "soweit sie angemessen sind und keine unvertretbaren Mehrkosten erfordern".

Wenn Ihre Unterkunft in einem Pflegeheim billiger sein würde, als in der Wohngemeinschaft. könnte die Sozialhilfe möglicherweise entscheiden, daß Ihre Unterkunft und Pflege in der Wohngemeinschaft nicht mehr durch die Sozialhilfe finanziert werden, wohl aber die Kosten für die Unterbringung im Pflegeheim von der Sozialhilfe getragen werden.

Wir wissen nun nicht, ob und wieweit Sie Mittel von der Sozialhilfe erhalten und ggf. wie hoch die Kosten Ihrer jetzigen Unterkunft und Pflege im Verhältnis zu Pflegeheimkosten sind, so daß wir nicht beurteilen können, ob in Ihrem Fall eine solche Entscheidung des Sozialamts zu befürchten ist.

Wir wissen auch nicht, wer Träger der Einrichtung ist, an die die Wohngemeinschaft angeschlossen ist und die Sie ins Pflegeheim bringen will. Wenn die Einrichtung mit dem Sozialhilfeträger identisch ist, wäre es tatsächlich nicht ausgeschlossen, daß von dieser versucht wird, einen mittelbaren Zwang auf Sie auszuüben.

Wir stellen Ihnen anheim, uns einmal näher zu unterrichten, damit wir ergründen können, ob der auf Sie ausgeübte Druck ernstzunehmen ist und wie man diesem entgegentreten kann.

Mit freundlichem Gruß
(Feige)

"Zur Alten Schule" Inhaber: M. Bäßler
FERIENHOF - FAMILIEN- UND SENIORENPENSION
Schulstr. 15, 5227 Windeck-Dattenfeld

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich danke für die Information über die Existenz dieser Zeitung. Als kleiner Mann der eine Möglichkeit gehabt und diese erfasst hat, habe ich ein interessantes Entspannungs-Urlaubsobjekt aufgebaut, zuerst für kinderreiche Familien, später umgestaltet auf die Notwendigkeiten für Behinderte und ältere Leute. Selbstverständlich ist man als Gesunder nicht leicht in der Lage, sich in die technischen und seelischen Probleme Behinderter einzufühlen. Aber ich weiß, daß sich hier im Gebiet viele Menschen versuchen, durch meine Initiative damit zu beschäftigen. Aus diesem Grunde bin über die Tonart diverser Ausführungen erschreckt, weil Sie nur so mit Vorwürfen und Verunglimpfungen gegen Personen und Behörden herumwerfen, daß man fast Überheblichkeit befürchtet. Ich weiß sehr gut, daß ich mit meinen Vorhaben noch viel zu korrigieren habe. Ich würde aber freundliche Hinweise lieber annehmen als spöttische Überlegenheit. Vielleicht versuchen sich Ihre Sozialhelfer und Redakteure auch einmal in die Gedankenwelt Gesunder einzuleben, meist ist es das Unvorstellbare, was zu Fehlverhalten führt und nicht Bösartigkeiten usw. Solches empfand ich z. T. aus den Artikeln "Die letzten beißen die Hunde" und der Einseitigkeit bei "Vorsicht: Satire" wo politische Einseitigkeit zu z. T. beleidigenden, auf →

alle Fälle inkonsequenten Einseitigkeiten führen. Ich könnte in anderer polit. Richtung Bücher schreiben, hüte mich aber, da mir sachliche Kämpfe wichtiger sind als persönliche Tiraden, eben weil ich weiß, daß Menschen unvollkommen sind, auch aus Ihren Reihen, oder nicht? Sind Sie alle überklug und übervollkommen?

Auch Ihr "ruckzuck is die Fresse dick" gehört m. E. nicht in eine wichtige und notwendige Sach- und Fachpublizistik. Wenn schon dann korrekt und nach beiden Seiten, es sei denn, Sie wollen keine Behinderteninteressen vertreten, sondern diese nur zu irgendwelchen einseitigen politischen Stimmungsmachen ausnutzen. Das liegt nicht im Interesse der Behinderten, denn deren Probleme liegen über solchen Fatalitäten. Und wenn schon, dann sollten Sie der "Krüppelerzeugung" in Afganistan, Kriegsdiktatur in Polen, Kriegsmaschinerien zur Niederknüpplung der Arbeiter in Ostdeutschland, Ungarn, Tschechei, aus dem gemeinsamen Kriegsbeginn des kommunistischen Russlands und faschistischen Deutschlands durch den gemeinsamen Überfall in Polen 1939, Lettland, Estland, Litauen usw. usw. usw. gedenken, denn damit können viele Sonderschulen gefüllt werden!

Ich würde mich über "Einkehr" freuen, Ihr

Karl Bäßler
(handschriftl. Verfasserzusatz: "Zur Veröffentlichung als "Leserbrief" zugelassen." die Red.)

Henny Otternberg aus Leverkusen hat der Wiedus-Theatergruppe die Luftpumpe mit dem Artikel über diese Gruppe zugesandt und bekam folgende Karte zurück:
Liebe Henny,
ich möchte mich im Namen von allen herzlich dafür bedanken, daß Ihr Euch soviel Mühe nehmt und uns die interessante Zeitschrift gesandt habt. Der Artikel über unser Stück hat natürlich allen gefallen, mir vor allem die Gepflegtheit und Sorgfalt, die im ganzen Heft steckt. Wir hoffen Euch im Herbst wieder zu sehen, zwar wird das Stück nicht um Körperbehinderung gehen, aber um andere Behinderungen bei Menschen. Bis dann!
Mit herzlichen Grüßen
Kindertheater Wiedus aus Holland

BANDAGEN
Leibbinden – Stützkorsetts – Bruchbänder – Brustprothesen – Anus-praeter-Versorgung – Gummistrümpfe und Hosen
MIEDERWAREN
Stützend und Modellierend – Umstandsmieder – Bademoden
ORTHOPÄDIE
Kunstglieder und Apparate
Einlagen in Metall, Kork, Leder, Plexi
SCHUHE FÜR SCHWACHE FÜSSE
Spezialschuhe für lose Einlagen – Alle Weiten von F bis M
Ballenmodelle – Kinderschuhe

IHR SPEZIALIST:
APPELRATH
KEMPER
5000 Köln 1 · Hahnenstr. 19 · Ruf 21 40 60 u. 21 66 50
zwischen Rudolfplatz und Neumarkt
Lieferant aller Krankenkassen und Behörden
Bandagen · Gummistrümpfe · Schuhe · Einlagen · Orthopädie

....a'la Italien

In der Juni-LP berichteten wir schwerpunktmäßig über die Behindertenförderung in Italien. Hierzu noch einen Artikel von zwei Studentinnen der Sonderpädagogik aus Köln:

"Wie war's denn in Italien?" - eine Frage, die - wie wir dachten - uns oft gestellt würde. Kommt sie dann, stehen wir immer vor dem gleichen Klotz. In einem Satz kann man es gar nicht sagen. "Toll, aufregend, es war eine wichtige und sehr gute Erfahrung", oder wir fangen lieber an direkt von vorne und mehr zu erzählen: Also wir sind ja mit einer ganz schön großen Spannung losgefahren, ein paar Brocken Italienisch und Kribbeln im Bauch. Wir hatten uns immer etwas darauf verlassen, daß Roser (einladendern Psychologe in Florenz/Deutscher) uns Unterstützung geben würde und uns auch irgendwie "erklärt", wie wir Florenz am besten erleben. Aber dann sah es alles ganz anders - ganz konkret aus. Wir waren also nicht Roser's einzige, persönlichen Gäste, sondern eher ein kleiner Teil in einem Italien-Integrations-Tourismus.
Und so waren wir dann nicht nur mit der Integration in Florenz, sondern auch mit der Art und Weise wie man sich mit ihr auseinandersetzt konfrontiert. Roser hatte für uns ein Praktikum in einem Kindergarten vermittelt. Die anderen Deutschen sind von Institution zu Institution, von Gespräch zu Gespräch gedüst und haben einen Haufen an Material und Fakten gesammelt. Im ersten Augenblick dachten wir, daß es ganz schön begrenzt sei, nur den einen Kindergarten in Florenz zu erleben und nicht viele verschiedene Einrichtungen (dazu noch einen Modellkindergarten, der also noch nicht einmal unbedingt "repräsentativ" für Florenz ist).

Das gerade das gut war, haben wir eigentlich erst durch die Zeit in dem Kindergarten gemerkt, in dem wir festgestellt haben, wie sich so langsam unsere Fragestellung und Aufmerksamkeit verändert haben.
Was wir am Anfang wohl vor Augen hatten, war die Realität der Integration zu untersuchen, einen Überblick über Florenz zu bekommen, ein möglichst genau detailliertes Bild (wieviel Eltern, Lehrer sind für, gegen Integration, wie steht es um die Schwerstbehinderten, wo gibt es Grenzen usw.).

In die Richtung ging auch der Auftrag des Dozenten, der unsere Examensarbeit zum Thema Italien betreut: "Sie haben jetzt die Möglichkeit, genau hinzugucken und auch die Schwierigkeiten herauszufinden. Beobachten Sie genau das Verhalten Lehrer zu Behinderten - Schüler/Behinderte". Was dahintersteckte war wohl die Intention, später abwägen zu können zwischen Realität, Integration und unsere Sonder/Isolierförderpädagogik.

Was ist denn tatsächlich für den Behinderten besser?

Was wir im Laufe der Zeit in Italien mitgekriegt haben, daß man die Frage so gar nicht stellen kann, darf. Es geht um das Prinzip der Integration. Nicht dies hat sich zu verteidigen, sondern die Aussonderung. Will man in Florenz nach "Mängeln der Integration" suchen, so findet man garantiert viele. Die wenigen Beispiele, die wir in der Schule erlebt haben, kann man vom Lehrerverhalten bestimmt nicht alle als geglückt bezeichnen. Aber auch diese Mängel und Schwächen rechtfertigen nicht ein Gegenüberstellen und Abwägen Integration - Einzelförderung, denn selbstverständlich gilt es auch in Florenz noch viel zu verbessern, sich noch mehr Gedanken zu machen, aufzuklären, aber sie haben den richtigen Weg eingeschlagen.
Es ist nicht unsere Aufgabe, die Realität in Florenz zu beurteilen, zu bewerten. Welche Erfahrungen in Florenz haben zu dieser Einstellung geführt.

Beobachtungen im Kindergarten

Im Nachhinein muß ich sagen, daß es eigentlich wichtiger war, mich selbst zu beobachten, als die behinderten Kinder und das Verhältnis der anderen zu ihnen.

Am Anfang waren wir beide ziemlich stark dahinterher, immer da zu sein, wo auch ein behin- →

dertes Kind war. Wie mag es sich jetzt fühlen, wie verhalten sich die anderen, ist es "tatsächlich" in das Geschehen integriert.

Meine erste Erfahrung, daß es so nicht geht, hatte ich mit Katerina. Sie ist ein schwer(st)-behindertes Mädchen, sitzt im Rollstuhl bzw. Buggie, man weiß nicht, wieviel sie von dem was um sie herum vorgeht aufnimmt. In der ersten Woche hatten wir beobachtet, daß sie immer wieder in musica, die Kinder konnten morgens zwischen verschiedenen Angeboten wählen, war und auch da meist am Rande des Geschehens auf einer Matte lag. In einer Stunde, wo die Kinder sich mit verschiedenen Instrumenten beschäftigt hatten, lag Katerina die ganze Zeit am Rande auf einer Matte. Bei mir stellte sich gleich ein ungutes Sonderpädagogengefühl ein. Man könnte Katerina doch auch ein Instrument in die Hand geben, auch sie kann Geräusche bestimmt erfassen, selbst ein Schellenband in der Hand zu haben, würde doch auch ihre Sinne stimmulieren. In einer Einzelförderung wären all diese Sachen jetzt möglich. Oder die Erzieherin könnte doch wenigstens versuchen, die anderen Kinder auf Katerina aufmerksam zu machen, daß sie sie in ihr Spiel mit einbeziehen, das "Problem" des behinderten Mädchens begreifen lernen. Sicher, in dieser Stunde und in anderen hätte man bestimmt mehr mit Katerian "machen" können. Aber gerade hier hat es mir geholfen, längere Zeit in dem Kindergarten zu sein. Denn da hab ich gemerkt, daß eigentlich der vertraute Anblick, daß Kateriana eben immer einfach dabei ist, daß Ihre Mutter sie genau wie andere Mütter ihre Kinder morgens zum Kindergarten bringt, daß sie gemeinsam mit vielen Kindern ißt, daß das schon Integration bedeutet. Und daß sie die Möglichkeit hat, 80 Kinder auf einmal singen zu hören, einfach im Wagen durch den Kindergarten geschoben zu werden (weil "Autofahren" Spaß macht) und von wilden Kindern angerempelt wird.

Bei diesem Gesamtbild erscheint Stimulation als etwas sehr Komisches. Die Erzieherinnen sind sehr liebevoll mit Katerina umgegangen.

Oder Stefano -ein mongoloider Junge: wie behauptet er sich unter den anderen Kindern, wird er nicht oft gehänselt weil er langsamer ist, ausgelacht? Konnte er immer die Motivation zum Spiel aufgreifen, auch wenn er Zusammenhänge nicht erkannt hat? Am Anfang haben wir Stefano auch besonders beobachtet. Hat er jetzt aktiv teilgenommen wie hat ihn die Erzieherin einbezogen. Aber nach einiger Zeit haben wir gemerkt, daß →

man diese Fragen genauso bei jedem anderen Kind hätte stellen können. Denn eigentlich ist es ganz natürlich, daß jedes Kind mal in der Ecke sitzt und mit dem Geschehen nicht ganz klar kommt. Aber würde man ihn deshalb aus dem Geschehen herausziehen (und sonderfördern), würde man ihm die Gelegenheit nehmen, durch die anderen Kinder mitgezogen zu werden. Für ihn war es nicht schwer, den Sinn eines Spiels aufzugreifen, weil er es einfach genauso machte wie alle anderen Kinder oder ein Haus zu malen, weil alle Kinder eben ein Haus gemalt haben, während es einem Sonderpädagogen in einer Gb-Klasse vor große Erklärungs-Beschreibungs-Motivations-Probleme stellt. Solche Beispiele könnte man noch massig fortführen. Aber die wichtigste Erfahrung in dem Kindergarten konnte ich wirklich erst mitkriegen, nachdem ich längere Zeit da war, nämlich, daß unter einer sonderpädagogischen Beobachtung (wie verhält sich das Kind dann, wann hat es Schwierigkeiten mit...) jedes Kind eine ganze Menge Probleme hat. Das also andersrum nicht die Behinderung im Kind liegt, sondern die Fragestellung behindert.

Die Zeit im Kindergarten war für uns aber nicht "nur" in Bezug auf die Integration eine wichtige Erfahrung. Es war vor allen Dingen auch toll mitzuerleben, was für Kinder möglich ist, wenn ihnen die richtigen Voraussetzungen geschaffen sind. Große Räume zum Austoben, ein Malzimmer, in dem die Kinder nach Herzenslust loskleckseln konnten, ein Theaterraum mit Kinderbühne haben schon für sich zum Spielen und Erfahrungen sammeln angeregt. Und es arbeiteten dort Erzieherinnen, denen es daran lag, den Kindern eine Atmosphäre zu schaffen, in der sie sich wohl fühlten. Musik, Feste feiern, aus einfachen Materialien immer wieder neue tolle Dinge, Kostüme zu basteln stand auf der Tagesordnung. Es gab kaum ein Steckspiel (wie sie in unseren Sonderkindergärten in Massen existieren), dafür Buntstifte und Papier in Fülle. Eine Bemerkung von Masa (eine Erzieherin) hat uns auch zu denken gegeben. Sie zeigte sich enttäuscht darüber, daß viele Integrationsreisende kommen würden und sich nur nach behinderten Kinder erkundigen würden, aber sich wenig dafür interessieren würden, wie sie überhaupt die Arbeit im Kindergarten gestalten.

Wir hatten in der Zeit im Kindergarten auch die Gelegenheit, zwei Schulen zu besuchen. Das Verhalten einiger Lehrer, die wir dort erlebt haben, war nicht gerade als "integrationsfreundlich" aufzufassen. Sie hätten lieber eher heute als morgen wieder Sonderschulen eingerichtet. Sie haben sich viel über die "Lernschwächen" der Kinder und die schlechten italienischen Schulen beklagt, aber dadurch

auch eigentlich nur von dernotwendigen Eigeninitiative abgelenkt. Gerade bei diesen Lehrern ist uns aufgefallen, daß es um überhaupt etwas zu verändern - die Behinderten zu integrieren - man nicht warten darf, bis sich das Lehrerverhalten - ihre Einstellung gegenüber Behinderten - verändert hat. Gerade diese Lehrer werden erst persönlich gefordert umzudenken, wenn sie nicht die Möglichkeit haben, Behinderte in Sonderklassen abzuschieben. Ihre Einstellung behinderten Kinder gegenüber wird sich erst dann ändern, wenn sie gezwungen sind, als Lehrer in einer Klasse konkrete Lösungsmöglichkeiten zu finden. Darum stellt sich auch nicht die Frage, ist es für Behinderte nicht notwendig/besser, in einer Sonderklasse zu sein, wo Lehrer auf ihre Schwierigkeiten eingehen, sie besser behandeln als in einer Klasse mit einem schlechten Lehrer unterrichtet zu werden. In einer Sonderklasse sind sie von vorneherein isoliert,und eine Garantie "bessere" Lehrer zu haben gibt es für behinderte Kinder dort auch nicht.

Daß die Auflösung der Sonderschulen erst die Möglichkeiten für Integration bietet, hat uns die Initiative von Guiseppe und Luisa gezeigt. Beide sind Stützlehrer an einer Mittelschule. Als ein schwerstbehindertes Kind aufgrund seiner fortschreitenden Behinderung nicht mehr in die Schule kommen konnte (es konnte wegen Schmerzen nicht länger als eine halbe Stunde sitzen), haben sie kurzerhand seine Klasse in 6 Gruppen zu je 3 Kindern aufgeteilt, und den Unterricht (3x in der Woche) in das Haus des behinderten Kindes verlegt. Und diese Form des Unterrichts bietet für alle Kinder Vorteile. Dem behinderten Kind, weil es nicht isoliert zuhause ist und den anderen Kindern macht der Unterricht außerhalb der Schule auch Spaß.

Wer mehr erfahren möchte:

Marianne Kuhlmann
Zülpicher Str. 319
5000 Köln
Tel. (02 21) 44 38 58

Anneliese Dombrowski
Sülzburgstr. 126
5000 Köln
Tel. (02 21) 44 36 25

GUTE TATEN

Die Preise für Werbeanzeigen in den Zeitungen sind inzwischen recht ansehnlich geworden.
Dagegen hat die "Aktion Sorgenkind" ja hinreichend bewiesen, wie man "Mitleid" verkaufen kann. Wenn man bedenkt, was eine Minute Fernsehen kostet oder eine Anzeige in der Zeitung, dann kann man verstehen, daß immer mehr "wohltätige" Geschäftsleute sich dieses Werbemittels bedienen.

Solange es auch genügend Initativen und Organisationen gibt, die sich nicht schämen, auf diese Weise vermarktet zu werden - nach dem Motto: Geld stinkt nicht - solange werden wir in den Medien mit solchen "Aktionen" (siehe nebenstehend) konfrontiert werden.

NICHT ALS KOCH, sondern als Gast in seinem eigenen Haus wird Walter Sternberg heute abend bei einem Essen zugunsten der Aktion Sorgenkind dabei sein. Kochen und servieren werden die Stammgäste des Hauses. Foto: Uwe Vogler

Liebe Geschäftsleute: Nicht vergessen! Neben der kostenlosen Publicity können sie diese Spenden auch steuerlich absetzen!-

Nächste Wohltätigkeitsaktion:

10. Juli 82, 14 bis 21 Uhr in München, Herzogstraße !!!!!

Im Münchener Anzeigenblatt versucht man gleich, eventuelle Unterstellungen im Keim zu ersticken: "Die Schwabinger Geschäftsleute in der Herzogstraße wollen ausnahmsweise mal kein Geschäft machen."

Übrigens: Es gibt auch engagierte Menschen, die vorbildliche Initiativen finanziell unterstützen. Sie verzichten dabei auf einen Pressefotographen und häufig auch auf eine Spendenbescheinigung.

Und es gibt Menschen, die wehren sich gegen Vermarktungen von Behinderten, wie in den Herzogstraße, am 10!!!!

kriegsdienstverweigerer + zivildienstleistende

Das Thema "Kriegsdienstverweigerung" und die längst überfällige Neuregelung der sogenannten Gewissensprüfung ist bei den Parteien wieder in aller Munde. Der "Dialog mit der Jugend" scheint ein Grund zu sein, daß sich - mit Ausnahme der CSU - inzwischen scheinbar alle Parteien einig sind, das gegenwärtige unhaltbare und unerträgliche Verwaltungsprüfverfahren abzuschaffen.

Auch der Wortlaut unserer Verfassung ist eindeutig und lautet: Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen!
Der, von "Fachleuten" in jahrelanger "Arbeit" ausgearbeitete "Kompromiß" scheint bei 20 Monaten Zivildienst als Ersatz für die Gewissensprüfung zu liegen. Die "lästige Alternative" müsse entschieden länger sein, so auch die juristisch umstrittene Feststellung des Verfassungsgerichtes, als die 16 Monate des tatsächlich geleisteten Wehrdienstes. Daß die angepeilte Einigung sowohl der praktischen Erfahrung als auch dem Grundgesetz widerspricht, scheint unsere Politiker nicht zu stören. Der Journalist der Süddeutschen Zeitung, Robert Leicht, hat sich zu diesem "Trauerspiel" seine Gedanken gemacht, die wir auf der nächsten Seite original veröffentlichen:

→

Trauerspiel mit der Zivildienstnovelle

VON ROBERT LEICHT

Eine Mischung aus Depression und Zorn muß jeden anfallen, der das jahrelange Trauerspiel um die Neuordnung der Wehrdienstverweigerung beobachtet hat. Jetzt, da sich das unwürdige Gezerre einem Ende zuneigt, geht es offenbar nur noch darum, in welchem Umfang die Verfassung gebeugt wird. Die Koalitionsparteien sind schon so demoralisiert und entnervt, daß sie es sich bereits als Verdienst anrechnen, wenn sie diese Rechtsbeugung wenigstens mildern können. Das bisherige Anerkennungsverfahren ist wahrlich zum Ärgernis geworden. Aber ist es eigentlich wirklich so viel ärgerlicher als alles, was jetzt zu kommen droht?

Vor vier Jahren hat das Bundesverfassungsgericht das von der Koalition gegen manchen, auch inneren Widerstand durchgesetzte „Gesetz zur Änderung des Wehrpflichtgesetzes und des Zivildienstgesetzes" als verfassungswidrig verworfen. Damit fing der Skandal an; denn das Gericht fällte ein Urteil, das selbst ein Gesetz durchbrach und zur Verfassungsbeugung geradezu aufforderte — wenn man einmal ganz von der Frage absieht, ob es nicht manipulierten statistischen Daten über die Wehrdienstverweigerung aufgesessen ist.

In einem früheren Beschluß des Gerichts vom Jahre 1970 hatte es wörtlich geheißen: „Nach der Intention des Grundgesetzes durfte der Gesetzgeber also ein Anerkennungsverfahren vorsehen; verpflichtet war er dazu allerdings nicht. Er wäre deshalb auch nicht gehindert, das Anerkennungsverfahren zu beseitigen, wenn dringende praktische Gründe dafür sprächen, wie sie z. B. im Jahresbericht 1969 des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages genannt worden sind."

Nun schaffte der Gesetzgeber 1977 aus eben diesen Gründen und gestützt auf eben diese Rechtsprechung des Ersten Senats das Anerkennungsverfahren für Verweigerer ab. Und das sollte dann verfassungswidrig sein! Selbst wenn der Zweite Senat, der 1978 so entschied, gute Gründe für eine derart totale Kehrtwendung gehabt hätte, so hätte nach dem Paragraphen 16 des Bundesverfassungsgerichtsgesetzes nicht er selbst, sondern nur das Plenum des Gerichts die Abweichung von der Ansicht des Ersten Senats beschließen dürfen. Hier wurde also schlicht das Gesetz gebrochen!

Dabei aber blieb es nicht. Obwohl der Artikel 12a des Grundgesetzes vorschreibt: „Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen", legte das Gericht dem Gesetzgeber eine Verlängerung des Zivildienstes auf 24 Monate nahe. (Der Grundwehrdienst dauert derzeit 15 Monate.)

Man muß sich diese Vorgeschichte noch einmal genau vergegenwärtigen, um das Ausmaß der Heuchelei zu erfassen, die seither betrieben wird. Gewiß war es schon immer gerechtfertigt, bei der Berechnung der Zivildienstdauer auch die durchschnittliche tatsächliche Dauer der Wehrübungen einzukalkulieren, die Wehrpflichtige zu leisten haben. Aber seitdem das Bundesverfassungsgericht in seinem unseligen Urteil die 24-Monate-Frist genannt hat, wird auf verschämt-unverschämte Weise dieser „Zuschlag" zur Zivildienstdauer rechtswidrig umgedeutet: Jetzt soll er nicht mehr der Gleichstellung zwischen Wehrpflichtigen und Zivildienstpflichtigen dienen, sondern als „Abschreckung" vor der eilfertigen Wehrdienstverweigerung.

Obwohl es das Grundgesetz ausdrücklich verbietet, die Freiheit der Gewissensentscheidung auf diesem Gebiet zu beeinträchtigen, wird also gerade die Erschwerung der Entscheidung sozusagen als Prüfstein für die Gewissensentscheidung eingesetzt: Der Zivildienst soll — und das unter Berufung auf das höchste Gericht — zur „lästigen" Alternative umgestaltet werden. Die gesetzliche Bestimmung, wonach ein Wehrpflichtiger nach dem Grundwehrdienst rein theoretisch maximal 9 Monate lang Wehrübungen leiten müßte, soll als Feigenblatt dienen.

Die Parteien mögen nun um einen Monat hin oder her der (so oder so) verfassungswidrigen Zivildienstverlängerung streiten. Am wesentlichen politischen Ärgernis ändert sich dadurch nichts: Es mag zwar sein, daß bei einer freien Entscheidung zwischen Wehr- oder Zivildienst manch einer ohne rechte Gewissensnot dem Wehrdienst ausweicht. Manch anderer wird den durchaus auch strapaziösen Zivildienst einfach für sozial sinnvoller halten. Aber der Staat und die Parteien können die Ernsthaftigkeit einer Gewissensentscheidung nicht ausgerechnet mit Methoden einfordern, die jede Glaubwürdigkeit vermissen lassen. Verfassungsbeugung und Etikettenschwindel bei den Motiven der Zivildienstverlängerung (sofern man sich diese Mühe der Verschleierung überhaupt noch gibt) — das sind so recht die Mittel, eine Jugend für den Staat zu gewinnen!

Es mag sein, daß sich die Koalitionsparteien als wehrlose Gefangene der CDU/CSU (vor allem der CSU) fühlen, zumal da das Bundesverfassungsgericht die Mitwirkungsrechte des Bundesrats in dieser Sache sehr weit ausgelegt hat. Aber SPD und FDP müssen sehen, daß sie bereits auf der schiefen Bahn stehen: Um ein nach Ansicht des Zweiten Senats in Karlsruhe verfassungswidriges Gesetz zu reparieren, soll eine unmittelbar dem Grundgesetz widersprechende Regelung ausgehandelt werden. Um die „unechten" Wehrdienstverweigerer „abzuschrecken", sollen die „echten" Verweigerer mit einer Verlängerung der Dienstzeit bestraft werden — ein eklatanter Verstoß, der neue Verfassungsklagen nach sich ziehen muß.

ZEITSCHRIFTEN-

BESPRECHUNG

Der Titel "TÜRSPALT" - Psychiatriezeitung läßt schon erahnen, um was es dieser Zeitung geht: Den machtvollen und für Laien undurchschaubaren Begriff PSYCHIATRIE zu entmachten und durchschaubarer zu machen. Dafür scheint mir der Titel "TÜRSPALT" sehr treffend gewählt, denn die Türe zur Psychiatrie läßt sich nur türspaltweise aufdrücken. Gestaltet wird der "TÜRSPALT" von Mitgliedern aus Psychiatrie-Selbsthilfegruppen und unmittelbar Betroffenen, also Menschen, die in psychiatrischen Einrichtungen sind oder waren. Damit wird er nicht zu einem theoretischen Psychiatrieblatt, sondern zu einer lebendigen Zeitung. So sind im "TÜRSPALT" neben gut fundierten Abhandlungen (Was heißt da: Psychisch krank?/ das neue Verwahrungsgesetz/ über Psychopharmaka usw.), Berichte über das "Innenleben" von psychiatrischen Anstalten zu lesen. Letztere sind von Insassen geschrieben und nicht von irgendwelchen Klinikchefs, die alles, was hinter Anstaltsmauern passiert oder nicht passiert, beschönigen würden. Unter der Rubrik "Zum Nachdenken" setzen sich die Autoren mit ihren Texten, meist auch mit den Anstaltsbedingungen auseinander.

Weil der "TÜRSPALT" nicht (mehr) auf den Raum München beschränkt ist, sondern auch in vielen Städten der BRD erhältlich ist, sind in ihm auch Regional-Berichte zu finden. Und natürlich auch eine Menge Adressen und Tips.

Der "TÜRSPALT" erscheint vierteljährlich und kostet 5,00 DM. Wem dieser Betrag zu hoch erscheint, der sollte bedenken, daß erstens im "TÜRSPALT" fast keine Anzeigen sind, und daß zweitens viele Exemplare kostenlos an Insassen der Landeskrankenhäuser verteilt werden.

Abschließend will ich noch einen Überblick der nächsten Türspalt-Themen geben:

* Psychiatrische Politik
* Psychiatrie gegen Alter
* Psychiatrie gegen Kriminalität
* Psychiatrie gegen Kunst
* Militärpsychiatrie
* Berufe in der Psychiatrie

Wer den "TÜRSPALT" unterstützen will - in welcher Form es auch sein mag - der wendet sich an die Türspalt-Redaktion, Postfach 46, 8000 München 65.

Werner Müller

TÜRSPALT
PSYCHIATRIEZEITUNG

DER NEUE TÜRSPALT 82 IST DA!

Themen u.a.:

- Ammon: Ein Heiland in der Psychiatrie
- Informationen zum Netzwerk Psychiatrie
- Was heißt da: Psychisch krank? Teil I
- Berichte von "drinnen"

Der TÜRSPALT wird von Leuten gemacht, die in Laiengruppen arbeiten oder selbst Insassen der Psychiatrie sind oder waren. Im TÜRSPALT können Insassen der psychiatrischen Kliniken, Selbsthilfegruppen und Laienhelfergruppen ihre Gedanken, Erfahrungen, Einschätzungen und Vorstellungen mitteilen.

Bisherige Schwerpunktthemen waren u.a.:

- Der 1. bayerische Psychiatrieplan (Nr. 01/80)
- Elektro-Schock (Nr. 02/80)
- Laienhilfe (Nr. 02/80)
- Isolierzellen und Verwahrgesetz (Nr. 3/81)
- Psychopharmaka - Unkrautvertilgung (Nr. 04/81)

Der TÜRSPALT kostet DM 5,-, er erscheint 1/4 jährlich und kann bestellt werden bei:

"TÜRSPALT"
Postfach 46
8000 München 65

Noch besser: Bestellt Abos (DM 20,- pro Jahr) oder Förderabos (entsprechend mehr)

Kopf hoch ! Eine Amputation ist ja kein Beinbruch !

IN BESTER GESELLSCHAFT mit einem ABO

Redaktionsanschrift
Die LUFTPUMPE
Pohlmannstr. 13

5000 Köln 60

Ich möchte die LUFTPUMPE für

☐ 12 Monate zum Preis von DM 16,-- abonnieren

Den Betrag habe ich auf das
☐ Postscheckkonto
Kto.-Nr. 15 330-508 überwiesen
oder
☐ Scheck liegt bei

Bei Überweisung immer Stichwort "CeBeeF" angeben

Name _____
Straße _____
Ort _____

Datum _____ Unterschrift

LUFTPUMPE garantiert das Recht, das ABO innerhalb 8 Tage zu widerrufen.

Hertie hat's

MODE - TECHNIK
WOHNKOMFORT

KÖLN
NEUMARKT